

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 46.

Mittwoch, den 24. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Die Parteioorganisation.

Die Organisationskommission, welche der Nürnberger Parteitag zur Vorberatung eines neuen Organisationsstatuts für die sozialdemokratische Partei Deutschlands einlegte, unterbreitet uns das Ergebnis ihrer Beratungen in einem revidierten Statut, das die „Volkswacht“ in der letzten Sonntagsnummer den Mitgliedern unserer Partei zur Kenntnisnahme und späteren Stellungnahme mitgeteilt hat.

Zwei hauptsächlichste Aufgaben lagen dem Ausschuss zur Lösung vor. Einmal galt es, die unverkennbare Tendenz zu einer straffen Zentralorganisation wieder um einige Schritte zu fördern, zweitens die aus dem veränderten Vereinsgesetz sich ergebenden Konsequenzen für die politischen Vereine zu sichten. Daran hat es die Kommission nicht versäumt, hervorgehoben zu lassen, dass etwas umständliche Ausschussverfahren, welches der Jenaer Parteitag zuletzt festlegte, zu vereinfachen.

Nach dem Falle des Vereinsgesetzes behielt die Partei zunächst das Vertrauensmännersystem als Grundlage der Organisation bei, erst nach und nach errangen sich die festgelegten Vereine den ersten Platz und die führende Rolle bei der Erledigung der Parteiaufgaben. Außerliche Beschäftigung fand diese Umformung allerdings erst in dem neuen Parteistatut, das im wesentlichen auf die Anregung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins in Jena zurückzuführen ist, wo man die örtlichen politischen Vereine als die Grundlagen der Organisation anerkannte, daneben aber andere Normen des Zusammenschlusses dort noch gewähren ließ, wo die Landesvereine den Vereinen Schwierigkeiten in den Weg setzten, wie etwa in Mecklenburg und Sondershausen. Diese Ausnahmen haben sich nach Annahme des neuen Vereinsgesetzes erübrigt und in Zukunft kann das Parteistatut kurz und klar vorschreiben: „Zur Partei gehören jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteioorganisation ist.“ Die Gliederung der Partei vollzieht sich nun nach den Sozialdemokratischen Vereinen der Wahlkreise, die sich nach unten in Ortsvereine zerlegen, nach oben in Bezirksorganisationen und schließlich in Landesorganisationen zusammenfügen, denen das neue Statut das Recht gutachtlicher Äußerungen gegenüber dem Parteivorstande bei wichtigen Fragen einräumt.

Wenn die Vereinsorganisation nunmehr zur alleinigen Form der Parteijugendlichkeit erklärt wird, so kann auch der Anfang damit gemacht werden, einen einheitlichen Beitrag für alle deutschen Sozialdemokraten festzusetzen. Das neue Statut begnügt sich einstweilen mit der Festlegung eines Mindestbeitrages von 30 Pf. für männliche, 20 Pf. für weibliche Parteilangehörige. Die letzteren sollen für diesen Beitrag sogar das Frauenblatt der Partei, die „Gleichheit“, geliefert erhalten, eine Forderung, welche die Breslauer Frauen erst in der letzten Generalversammlung wieder erhoben haben. Das Obligatorium der „Gleichheit“ wird, wenn es vom Parteitag in Leipzig beschlossen werden sollte, zweifellos zu einer vollständigen Färbung unserer Frauenzeitung führen müssen, wenn diese in den Wohnungen der Proletarierinnen wirklich heimisch werden soll. Heute steht

ihr Inhalt und ihre Schreibweise der übermächtigen Mehrheit unserer Arbeiterfrauen viel zu fern. Das neue Parteistatut will sich einstweilen mit der Festlegung eines Mindestbeitrages begnügen, die Einzelvereine dürfen mit ihrem Beitrag wohl über die vorgeschlagenen 30 Pf., aber nicht darunter gehen. Das Ziel der Organisation bleibt es, einen völlig einheitlichen Beitrag, etwa von 40 Pf. für den Monat oder 10 Pf. pro Woche einzuführen. Die gegenwärtige Krise zwingt uns, die Verwirklichung des Zieles noch hinauszuschieben, nach der Erholung des Arbeitsmarktes aber dürfte die wünschenswerte Festlegung und Fundierung unserer Partei auf diesem Gebiete bald vorgenommen werden. Gegenseitige politische Organisationen, der „Volkverein“ für das katholische Deutschland, der „Bund der Landwirte“ z. B., sind uns auf dem Wege der einheitlichen Beiträge schon vorausgegangen. Der Prozentsatz der an die Zentrale abzuhörenden Beiträge soll mit 20 % der bisherige bleiben; da die Hauptlast der Agitation von den einzelnen Orten getragen werden muß, dürfte sich eine Abänderung hier kaum empfehlen.

Eine einschneidende Änderung plant das neue Statut für den obersten Vertretungskörper der Partei, den Parteitag. Seine Zusammensetzung ist auf die Reichstagswahlkreise begründet, von denen bisher jeder unterschiedslos drei Delegierte entsenden konnte. Gegen diese Übertragung der Ungerechtigkeiten der deutschen Wahlkreiseinteilung auf die Parteioorganisation wenden sich seit vielen Jahren nicht ohne Grund die großen leistungsfähigen Kreise. Da die Besetzung des Parteitages zwar außer dem Delegationsrecht auch von der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise abhängt — die Delegiertenkosten müssen am Orte aufgebracht werden — ergab sich ja bisher schon eine gewisse Abstufung nach der Leistungsfähigkeit. Es ist aber zuzugeben, daß dies nicht genügt und so schlägt die Kommission eine Abstufung nach der Maßgabe vor, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12.000 vier, bis 18.000 fünf und über 18.000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Verteilung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Größtzahl sein. Hier und da wird der Einwand erhoben, daß diese Abstufung schon etwas zu weit gehe, da man einem Wahlkreis nicht das sechsfache Recht eines anderen zuerteilen solle. Ob diese Ziffern aber noch eine kleine Verschiebung erfahren, darüber werden bewegte Debatten kaum zu erwarten sein, sie beeinflussen auch das Bild des Parteitages kaum erheblich. Dagegen dürften bei einem anderen Punkte, den die Kommission nicht verändert hat, die Geister aufeinanderprallen, bei der vollständigen Vertretung der Reichstagsfraktion auf unseren alljährlichen Parteikongressen. Diese Vertretung bildete zur Zeit des Vereinsgesetzes, als die Organisation noch in den Kinderschuhen steckte, einen unentbehrlichen Bestandteil unserer Parteitage, sie stellte vorübergehend die einzige sichere Basis für die Vertretung dar. Ein Teil der Gründe, die ihre Zurückziehung zu den Parteitagungen rechtfertigt, ist sicher überholt, ein Teil aber besteht noch fort. Die Fraktion legt dem Parteitag Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit und nimmt

Aufträge entgegen, die dabei entstehenden Debatten drehen sich, so lange es Parteitage gibt, ebenso oft um die Tätigkeit einzelner Mitglieder der Fraktion als um die Arbeit der Gesamtheit. Aus dieser Ursache heraus ist die Anwesenheit aller Mitglieder erwünscht, die Debatten auf dem Parteitag haben wohl auch nie darunter gelitten, daß die Mitglieder der Fraktion sich daran rege beteiligten. Dann sollte der Gesichtspunkt nicht außer Acht gelassen werden, daß es für die Gesamtheit der Parteigenossen sehr erwünscht ist, durch diese Debatten die Stellung der Fraktionsmitglieder zu den Problemen und inneren Streitfragen der Partei aus ihrem eigenen Munde zu erfahren. Der Parteitag dünkt uns dafür der geeignetste und berufenste Ort. Daß jemals die Fraktion einen Parteitag majorisieren könnte, für diese Befürchtung entfällt mit dem Wachstum der Partei immer mehr jeder Grund. Die Kommission hat also hier wahrscheinlich das Rechte getroffen, als sie es bei dem bisherigen Status beließ.

Die übrigen Änderungen betreffen die Zuziehung der Frauen zu den verschiedenen Vertretungskörpern der Partei und die schon erwähnte Änderung des Ausschluß- und Wiederaufnahmeverfahrens. Zur Partei soll nicht mehr gehören dürfen, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer ehrenvollen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewusster Weise die Parteinteressen schädigt. Auch wer den letzten Ausschlußgrund prinzipiell nicht von der Hand weisen will, wird sich wegen seiner unbestimmten, allerdings Auslegungen zulassenden Fassung eine andere Formulierung wünschen müssen. „In bewusster Weise die Parteinteressen schädigen“, das kann in sehr großen wichtigen Dingen geschehen, aber auch in kleinen Streitigkeiten lokaler Natur. Eine gewisse Garantie gegen Ausschreibungen bietet ja allerdings das Verfahren selbst. Der Antrag kann nur von Ortsorganisationen gestellt werden, in erster Instanz entscheidet Bezirks- und Landesvorstand, in zweiter ein Schiedsgericht und in dritter der Parteitag selbst. Da ist wohl genügende Sicherheit vorhanden, daß niemand seine Parteizugehörigkeit zu unrecht verliert, daß es der Partei immer angenehmere bleiben wird, Mitglieder zu gewinnen als loszuwerden.

Ein Hallenser Parteiredakteur schlägt als Neuerung für unser Parteistatut die Einführung der Urabstimmung vor. Als Referatabstimmung für die Entscheidung sehr wichtiger Parteifragen erscheint auch uns diese Form der Willenskundgebung unserer Parteigenossen sympathisch, bei Anwendung in Fällen von geringerer Wichtigkeit dagegen wird sie einen Aufwand von Mühen und Mitteln erfordern, die in keinem Verhältnis zum Gewinn stehen.

Der Leipziger Parteitag wird im September dieses Jahres über die neue Form unserer äußeren Organisation entscheiden, bis dahin haben die Parteigenossen an allen Orten Gelegenheit, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen und das Für und Wider in ausgiebigen Debatten zu klären. Möge der Erfolg eine weitere Kräftigung unserer Partei für die Vorbereitung zu den nächsten Wahlen als auch für unsere außerparlamentarischen Aktionen sein.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Soltel.

122

Was heute geschehen kann, sollst du nicht auf morgen verschieben. Ist's etwas Unangenehmes, so erweckst du dir selbst den besten Dienst durch Verschleppung; und ist's eine gute Tat, die du vorhabst, so gewinnst sie an Wert, je früher sie ausgeführt wird. Wer bald gibt, gibt doppelt, sagt ein lateinisches Sprichwort. Unser Dichter verzögerte den Besuch bei Wulf, womit er diesem eine freundliche Ausöhnung darbot und ihm neuerdings Vorschläge zu einer geregelten Existenz machen wollte, bis zum zweiten Tage, weil es ihm nicht eben leicht wurde, einzugehen, wenn auch nur stillschweigend, daß er nachgeben wolle. Und wie er sich die entsprechende Stimmung abgeringen zu haben meinte, wie er an die Tür der niedrigen Wohnung schloß... da erfuhr er, daß Herr Tod fort sei und ein Paket für ihn hinterlassen habe, welches gerade befördert werden sollte. Dies enthielt die sauber gelieferten Abschriften und ein wermühtig-dankbares Lebenswohl mit der Bitte um Verzeihung.

Der Dichter ging betrübt davon. Zwar schalt er den Entschlohenen, mit dem er es gut gemeint, und dem er eine ganze Tasche voll Trost und Wohlstand mitgebracht, eigenstimmig und empfänglich; dennoch bedauerte er ihn. „War ich doch gestern gegangen“, rief er ärgerlich aus; „nun ist's zu spät!“

„Zu spät!“ ein traurig Lied, das täglich erklingt. Das alte Lied, das alte Lied, solange sich die Erde dreht.

Doch dieses „Zu spät!“ hat zweierlei Bedeutungen. In der ersten ist's am schmerzhaftesten. In der zweiten, wo es keinem andern gilt, wo wir selbst für unseren eigenen Vorteil zu spät eintreffen; wo es nur an einer Stunde, an einem Tage hing, daß wir erreicht hätten, was wir wünschten, da läßt sich's eher tragen; besonders wenn Gewohnheit tragen hilft. Es gibt Menschen, die ein für allemal bestimmt sind, zu spät zu kommen oder auch zu früh, was eigentlich auf ein hinausläuft. Unter diese gehörte, einige wenige Fälle ausgenommen, unser Held. Deshalb hat es ihn weder überrascht, noch gekränkt, daß ihn der Theatersekretär Maß in Frankfurt a. M. mit der Versicherung empfing: „Wären Sie gestern dagewesen, Sie hätten Probeaufführungen können; heute früh ist der Kontrakt mit einem andern auf ein Jahr abgeschlossen worden.“

Er verriet nicht die geringste Unzufriedenheit darüber und jagte so gleichgültig, wie wenn es ihn nichts anginge: „Ich hätte mir's denken können; es schadet auch nichts. Doch hätte ich noch eine Bitte an Herrn Maß.“

„Welche?“ fragte dieser mit dem Ausdruck unbestimmter Verlegenheit.

„Daß Sie mir beschreiben möchten, wo ich auf geradem Wege nach dem Kirchgraben gelange.“

„Was wollen Sie dort?“

„Ein gewisses Haus betrachten, weiter nichts. Nur deshalb hab' ich in der freien Reichsstadt halt gemacht; die Erlundigung, ob es ein Engagement für mich gebe, geschah bloß nebenbei.“

„Sind Sie ein so großer Verehrer Goethes?“

„Ich weiß das nicht genau zu sagen; es mag wohl sein. Je älter ich wurde, desto tiefer hab' ich mich in ihn hineingeliebt, und je schlechter mir's ging, desto mehr Freude hab' ich an ihm gefunden. Wo ich mußte und konnte, griff ich nach seinen Schriften — man kann das nicht lesen nennen, ebenjenseitig behubendern... mir war immer nur, als wüßte ich schon längst, was er sagen würde, als wären es meine Gedanken und Gefühle, die er ausspräche, als wär' es keine Dichtung, die ich aufnahm, als wär' die Wahrheit, die ich erwarten müßte, die nicht anders klingen könnte. Zu jener Zeit, wo ich Tag und Nacht das Theater im Sinne hatte, hab' ich nicht viel aus ihm gemacht; seitdem ich auf den Brettern wie im Leben nicht mehr mich spiele und mir den ganzen Spul von unten betrachte, hab' ich Goethes Poesie erst würdigen gelernt; sie erscheint mir vom Dasein ungetrenntlich. Die andern will ich jaunt und besonders entbehren, wenn's sein muß, den Goethe lasse ich nicht mehr.“

„Ich brauch ihn notwendig, um auf jedweden Schmerz den Balsam zu gießen, den ein Spruch von ihm gibt; um jedwede freundliche Regung in mir, die sonst gleich absterben würde, mit einem Spruch von ihm zu beleben, zu erfrischen. Er hilft mir für alles, von ihm lerne ich alles, er hat alles gesagt. Glauben Sie mir, Herr Maß, wenn ich manchmal meinte, nun ging's gar nicht mehr, da nahm ich nur ein Goethesches Strohgebüßlein in den Mund, wie andere Landstreicher einen Schnaps, und laum halt' ich's genurmet, war ich bei Wege... Gottschuldigem Sie das Gedächtnis; ich will mich nach dem Kirchgraben begeben.“

„Und ich will Sie begleiten.“

„Sie gingen neben einander, her und kamen sich mit jedem Schritte näher, weil sie sich in Goethe verdrängen wußten, obwohl sie sonst wenig Ähnlichkeit mit einander und wenig Beziehungen zu einander hatten. Maß entdeckte im Souffleur Tod sehr bald den ehemaligen Schauspielers und ließ sich dessen letztes Abenteuer bei Sahhül wünschend; der Regier-Maß gab die tröstliche Hilfe dazu. Wulf hinterherum entdeckte in Maß mit Vergnügen den Verfasser der lustigen Komödie vom Frankfurter „Vorjahr-Kabbeldöh“, der für die „er Abend“ angezettelt war.“

Die beiden gingen einen guten Tag miteinander. Maß heimte...

seinen Gast nicht allein mit Speise und Trank; er setzte ihm auch „Schnaken und Schnurren“ vor, an denen er reich war, und ließ dazwischen manch' wohl durchdachtes Wort über Lokal- und Volkspoesie hören, was seinem ergötlichen Bürgerkapitän zur Vor- und Nachrede diente. Wulf setzte sich sowohl von dem Stuhle als von der Aufführung sehr besriedigt und hob vorzüglich die Darstellung der Lindner in die Wolken. Als er nun erfuhr, daß diese kleine, dicke, plumbe, grundhöfliche Dame bei nächster Zeit, welche nicht nur als vierjähriger Weibchen der Frankfurter, sondern auch als Gast in Wien, Berlin, Hamburg und überall in jugendlich tragischen Rollen, die auf körperliche Schönheit basieren, mit überschwinglichem Verkauf auftreten sei, da wäre er fast wieder unruhig und rebellisch geworden. Der Maß drohte um so gefährlicher, weil Maß vorzüglich die Wirkung des „unwiderstehlichen Organs“ hervorhob, wodurch sie für andere psychische Mittel entschädigte. Es bedurfte der lebhaftesten Erinnerung an seinen Eintritt in die Düsselborfer Gesellschaft, um ihn zu beschwichtigen; diese aber reagierte als niederschlagendes Pulver.

Auch Herr Maß zeigte Wunsch und Willen, für diesen selbsten aller Souffleure tätig zu sein, blick jedoch zuerst auch bei der Unternehmung stehen, die er dem unsterben Wanderer für die Weiterreise zu verschaffen wußte. Er knüpfte an das reichliche, aus ungenannter Senatorenklasse fließende Pluttum eine Einweisung auf Weimar. „Wer das Haus am Kirchgraben zu betrachten kam“, sprach er, „wo die Wege stank, der muß doch auch jenes „am Plan“ zu betrachten gehen, wo jetzt noch der Lebende wandelt, wo menschlich dem Darsichtlichen nach haßt der Sarg stehen wird. Umwege gibt es nicht für Sie. Bleiben Sie bei Weimar und gedenken Sie meiner, wenn Sie ihn erblicken!“

„Das ist ein genialer Einfall, Herr Maß; den hätte ich nimmermehr aufgebracht! Groß, erhaben, herrlich! Jetzt weiß ich doch, wozu ich auf der Welt bin... bis ich's erreicht und das Frankfurter Urkino, den Maßgeis, den Komödiantenprinzipal gesehen habe! Vater Bäder war mit Schos von Gotha herübergekommen... davon wissen Sie nichts... ich bin noch nicht geboren gewesen... jetzt bin ich ein alter Knabe geworden, und er lebt noch und singt noch und herrscht noch und ich soll ihn schauen von Angesicht zu Angesicht, ausgehen mit Frankfurter Maß! Und bei mir wird's nicht heißen, wenn ich sein Haus angasse, wie Sie von Ihren Maßgeis sagen: „Es geht im Tage mancher vorbei, gibt einmahl... und denkt mir dabei!“, was' mir was drüber denkt, und an Ihre wet ich auch denkt! Gott verzeih'!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Steuerdefraudanten im Zirkus.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Reichsfinanzreform wird nach den Wünschen der Agrarier gemacht werden. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am Montag nach alter Sitte im Berliner Zirkus Busch tagte, hat diese Tatsache nicht erst bewiesen, sondern bloß unterstrichen. Die Nachschaffsteuer ist wie der Bundesdirektor Dr. Gabn unter jubelndem Beifall der versammelten Patrioten mitteilen konnte, gefallen, und als Herr v. Oldenburg-Januschau ankündigte, daß sich die Minister bereits „auf dem Wege nach Damaskus“ befänden, erhob sich schallendes Hohnschlächter. Herr v. Robbielski, dieser höchst würdige Vertreter agrarischer Prinzipien — die Versammlung überschlug sich vor Begeisterung, als er erschien — versichert, daß die Nachschaff-Steuer die Existenz des Bauernstandes vernichte. Der Referent über die Finanzreform aber, Herr a. d. Winkel, gibt zu, daß der kleine Landwirt im Falle der Einführung der Nachschaffsteuer nichts zu zahlen hätte. Aber dem Herrn Mittelgutsbesitzer a. d. Winkel handelt es sich gar nicht um das elende Geld (wer kann auch glauben, daß es sich einem Agrarier um Geld handelt?), sondern um das heilige Prinzip. Dieses heilige Prinzip, das man nach Verleben Nationalismus, Patriotismus, Heimatgefühl, Bodenständigkeit oder sonstwie nennen kann, duldet es nicht, daß Leute, denen Hunderttausende mühsel durch Erbschaft in den Schoß fallen, davon ein paar Mark Steuer bezahlen, um dem armen Reich wieder auf die Beine zu helfen. Man könnte meinen, diese erbärmliche Drückbergerei schwerreicher Leute sei ein Ausdruck gemeinster und niedrigster, nur auf den Schutz des Geldsacks gerichteter Geinnung, einer Geinnung, die Worte von Monarchie, Patriotismus und Nationalismus im Munde führt, aber auf alle diese schönen Dinge in dem Augenblicke pflegt, wo das Geschäft, das sie mit dieser Geinnung treibt, sich etwas weniger einträglich als sonst erweist. Aber die Redner des Zirkus Busch verfidern, dieses sei bloß eine Verleumdung der sozialdemokratischen Presse und man müße dagegen protestieren. Der Protest wird den Herrschaften nichts nützen. Sie kennzeichnen sich selbst durch ihre Tat und kriegen das Brandmal nicht wieder los.

Das scheint ihnen freilich einseitigen ganz egal, wenn sie nur ihren Willen haben. Die Reichsfinanzreform muß bis auf die Knochen agrarisch sein. Der Großgrundbesitz soll nichts bezahlen, sondern er soll noch dabei verdienen. Darauf läuft der Wunsch des Referenten Herrn a. d. Winkel hinaus, das vorläufig abgelehnte Branntweinmonopol möge wieder auflösen und zwar in einer Form, die dem Brenner gute Preise sichert.

Auch die Frage der Branntweinbesteuerung wird nach den Wünschen der patriotischen Bundesbrüder entschieden werden. Wollen am Ende sogar die Liberalen nicht mehr mit, so ist ja das Zentrum auch noch da! So wie die angenommene Revision zur Reichsfinanzreform das Kompromiß Camp-Herold sanktioniert, so waren auch die ganzen Verhandlungen, soweit sie parietpolitische Fragen betreffen, auf den Ton des neuen großagrarischen Blocks gehimmt, der die Rechte und das Zentrum in einer neuen Reichstagsmehrheit zusammenschließt. Die Freisinnigen und von den Nationalliberalen die Jungliberalen werden mitteillos zu den Mittläufern der Sozialdemokratie geworfen, dagegen wendet sich die volle Liebe Diederich Gabns dem Zentrum zu. Dieses soll helfen einen Damm aufzurichten, um das Vordringen der Demokratie zu hindern, dem agrarischen Reichskanzler wird kein Schritt auf der Bahn liberaler Zugeständnisse gestattet. So wenig ihm erlaubt wird, auf der von Herrn Sydow so bezeichneten „unerlässlichen Bedingung“ der Reichsfinanzreform, auf der Verteuerung der reichen Erben, zu bestehen, so wenig wird ihm gestattet, das in der vorkühnen Thronrede gegebene auf Schaffung einer Wahlreform hinzielende feierliche Versprechen einzulösen. So werden im Zirkus Busch Reichstanzler zugerufen.

Politische Ueberblick.

Die Agrariervorstellung im Zirkus Busch.
Montag Mittag 12^{1/2} Uhr wurde die Generalversammlung des Bundes der Landwirte durch den Vorsitzenden, Freiherrn v. Wangenheim, eröffnet. Seine Eröffnungsrede, die im ersten Teil die wirtschaftliche Lage behandelte und die Kritik dem hohen Bankdiskont zuschrieb, klang aus in einem Sturmsturm gegen das parlamentarische Regiment und den Liberalismus.

„Hierher die demokratische Idee verjagt hat, durch die Handelspolitik die Landwirtschaft und den Mittelstand lahmgelegt, wie sie es weiter verhandelt hat durch die Wahl- und Bürgergesetzgebung. In der Zukunft ist es heute durch die Finanzreform (Rechtliche Zustimmung.) Auch diese soll handhaben auf Kosten der verbleibenden Masse des Mittelstandes. Wohin die Reize geht, welches die letzten Ziele dieser Politik sind, ist uns mit einer Deutlichkeit vorgelegt worden durch die Annahme auf Veranlassung des Reichstages im preussischen Abgeordnetenhaus (Sehr richtig!) Das Ziel der ganzen Gesetzgebung ist die weitgehende Demokratisierung unseres Deutschen Reiches, und da wird nun den denjenigen Mittelstand als entscheidenden Gegner haben. (Scharfgeschnittener, langanhaltender Beifall.) Wir können heute nicht darüber gehen an den Ereignissen, welche im letzten November im Deutschen Reichstage sich abgespielt haben, und welche allen patriotisch und sozialistisch denkenden Männern das Gefühl des Jammers in die Adern getrieben haben. ... hat gewonnen es den Agrarier, als ob man es abschätzend so weil hat kommen lassen, um dann unter diesem Zerknirschungsthorax, um gewisse Ziele, nämlich die Erweiterung des Reiches, des Parlamentes und die parlamentarische Regierung zu erreichen. (Sehr richtig!) Es ist nicht das erste Mal, daß die Agrarier voran geschritten sind. Wenn aber die Demokratie glaubt, daß der Augenblick gekommen sei, durch Wahlrechtsänderung in großen Maßstab die Rechte des Reichstages zu greifen, so werden die politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande unannehmlicher, so wird auch da der gefasste deutsche Mittelstand als Gegner auftreten. (Sehr richtig!) Jeder der Herren, denen es wohl in Herrn Wangenheim, was daran deutet, daß die Sache einmal umgedreht werden kann, daß auch ein Herr Wangenheim kommen könnte, wo man eine Verfassungs-Revision heranzieht, die nicht nach ihren Wünschen ... (Stimmliche minutenlang anhaltender Beifall.) ... Wir

können nur der Bestätigung Ausdruck geben, daß eine parlamentarische Regierung weiter nicht sein wird, daß die Regierung der urteillosen Masse. (Stimmlicher Beifall.) Noch hat der deutsche Reichstag den Befähigungsnachweis nicht erbracht, daß er berufen wäre, das deutsche Volk zu regieren. (Stimmlicher Beifall.) Der deutsche Reichstag möge erst einmal lernen, sich selbst zu regieren. (Stimmlicher Beifall.)

Unter byzantinischen Lobhudeleien auf die Hohenzollern schlug v. Wangenheim dann vor, ein Jubiläumstelegramm an den Kaiser zu schicken.

Herr v. Oldenburg-Januschau hat in seiner Ansprache wesentlich mit der Nachschaffsteuer und Diederich Gabn, der die Aufgabe hatte, den Geschäftsbericht zu erstatten, zog es vor, boshafte Kritik an dem Block zu üben und das Zentrum wegen seiner „verhängnisvollen Politik“ zu tadeln. Seine Rede war ein Lobgedicht auf die konservativ-liberale Verfassung, die er dem konservativ-liberalen Block gegenüberstellte. Natürlich feierte er den früheren Landwirtschaftsminister v. Robbielski und stellte sich kritisch dem Kaiser die Putschisten der Landwirte zur Verfügung, wenn es gelte die Arbeiterbataillone zu Paaren zu treiben. Der im Zirkus Busch übliche „lofende Beifall“ wurde auch Herrn Gabn reichlich gespendet.

Bei den letzten preussischen Landtagswahlen wurden 243 vom Bunde der Landwirte unterstützte Kandidaten zu Abgeordneten gewählt. Davon sind 168 selbst Bundesmitglieder. Der Bund der Landwirte verfügt also im preussischen Abgeordnetenhaus über eine bombastische absolute Mehrheit. Und da nun nach der Theorie des Freiburger Professors v. Pelow der preussische Landtag das eigentliche Oberhaus des Deutschen Reiches ist, so sind die eigentlichen Herrscher des Reiches die Herren v. Oldenburg-Januschau, v. Wangenheim, Liebermann v. Sonnenberg, Diederich Gabn.

Eine einseitige Interessenvertretung des Großgrundbesitzes beherrscht unbeschränkt einen der ersten Industrie- und Handelsstaaten der Welt! Knuten-Ortels Geist schwebt über dem Lande der Dichter und Denker!

Agrarisch ist Trunpf. Während die Agrarier im Zirkus Busch ihre politischen Geschäfte nach allem Rezept durch Sarkasmus gegen die Krone zu fördern suchen, wurde im Abgeordnetenhaus die allgemeine Debatte über den Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums fortgesetzt. Agrarier der verschiedensten politischen Färbung kamen zum Vortritt. Ein nationalliberaler „notleidender Landwirt“ präsidierte in hohen Tönen die Uneigennützigkeit der Großgrundbesitzer. Ein Zentrumsaгрarier jammerte über zu große Steuerlasten. Ein anderer wieder forderte erneute Staatszuschüsse für die Pferdezucht. Ein Dritter sieht den preussischen Weinbau durch das im Reichstag zur Beratung stehende Gesetz gegen die Weinverfälschung gefährdet; der eine wünscht eine Förderung der Rentengüter, der andere Staatszuschüsse für das länderliche Fortbildungswesen. Die Allgemeinheit muß für uns zahlen, das ist der erste agrarische Glaubenssatz. Scharf von diesen unaufhörlichen Forderungen, in denen sich der zum System erhobene Egoismus der Agrarier erging, hob sich die Rede unseres Genossen Leinert ab, der an der Hand eines großen Zahlenmaterials den zwingenden Nachweis führte, daß von einer Not der Großgrundbesitzer wahrlich nicht die Rede sein kann. Die Zahlen der Einkommensteuerverteilung, der Statistik über die Verschuldung des Grundbesitzes beweisen es. Da ist es an der Zeit, statt an eine Erhöhung der Staatszuschüsse zu denken, die Beseitigung aller Liebesgaben zu fordern. Unser Redner hielt den Agrarier ein langes Sündenregister vor. Gegen die Rede unseres Genossen polemisierten der nationalliberale Abgeordnete Hasenberg, der konservative Herr v. Pappenheim und der Landwirtschaftsminister v. Arnim. Während der Minister wenigstens den Versuch einer sachlichen Widerlegung machte, erging sich Herr v. Pappenheim nur in den üblichen Nebensätzen von der Verheerung der Arbeiter. Seine schodderigen Angriffe wurden von Leinert in einer persönlichen Bemerkung zurückgewiesen.

In einem offenen Brief an den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wendet sich der Vorstand des „Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“ gegen den vom Staatssekretär im Reichstag erhobenen Vorwurf des Mißbrauchs des Koalitionsrechts und des Zerstörens der Kranken- oder Sterbender. Es heißt in dem Schreiben u. a.: „Nicht die Idee der Koalitionsfreiheit, nicht die uns angemessene Herrschaft hat uns zusammengeschnitten, nein, es war die Not, die uns als freien Bürgern jungeres Staats und als den Hütern eines freien Berufes, den Ehrenkampf gegen übermütige und herrschsüchtige Klassenverwaltungen aufzudrängte.“

Gegen die Klassenverwaltungen fanden eure Erzeugnisse leider kein Wort des Lobes! Und doch handelt es sich nicht, wie so vielfach fälschlich angenommen wird, um einen Kräfteverlust, sondern der Kömer Krankenklassenverband hat die alten Kömer der von jeder lastenärztlichen Tätigkeit ausgeperrt, und nicht genug damit, daß man ihnen ihre Kräftepatienten entzog, nein, Klassenverbände, General-Versammlungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind einmütig in dem Bestreben, sie auch noch in der Privatpraxis zu schädigen. Wenn jetzt in Köln Kranke oder Sterbende ihrem Elend hilflos überlassen werden, dann trifft die Schuld daran nicht die Ärzte, sondern die Klassenverwaltungen.

Wir Vertreter der kämpfenden Ärzteschaft fühlen uns heute noch wie immer als die Vertreter eines Standes, dessen Aufgabe und höchstes Ziel Beseitigung der Krankheiten ist, die Bewahrung unserer sozialen Stellung ist, die gewissenhafte Ausübung unseres Berufes ist und wir sind überzeugt, daß diese die deutsche Ärzteschaft hinter keiner anderen Gesellschaftsgruppe zurücksetzt. Aber wir Ärzte haben auch die Pflicht der Selbsterhaltung und Pflichten gegen unsere Familien; deshalb heißt es dem Publikum einen schlichten Begriff vom ärztlichen Stande beibringen, wenn man uns zu einer auch im Kriege unentbehrlichen Segner des Willen zu tun und uns ihm solange zu fügen, bis wir überflüssig geworden sind. ... Sollte aber, so wird am Schluß gesagt, der Versuch des Spruchs eines Schiedsrichters zu zwingen, und auf diesem Wege uns das Recht der Freiheit der Kündelung, unserer besten Waffe zur Beseitigung unserer Berufs- und Standesinteressen, aus der Hand zu winder, kann können Klassenverwaltung versichert sein. Sie werden sich hier

schon Herzoghaft ebenso König im Biberstange finden. Wie sie jetzt zum Schutze ihrer bedrängten Kollegen einig und treu zusammensteht. Sorgen Sie dafür, daß künftig allenfalls den ärztlichen Standesvertretungen das Recht eingeräumt werde, bei der Regelung desassenärztlichen Dienstes mitzuwirken, daß dem Kräfte in Zukunft sein ihm durch die Reichsverfassung verbürgtes Recht auf freie Ausübung des Berufs gewährleistet und er der Willkür der Assenverbände entzogen werde. Kann, aber nur dann, wird endlich dem ärztlichen Stande der Frieden zurückgegeben sein.“

Daß diese gereizte Darstellung der Verhältnisse nicht nur ungenau, sondern sehr schief ist, weiß jeder Kenner der Verhältnisse. Aber darüber hinaus ist es fraglos, daß zahlreiche deutsche Ärzte dem Mißbrauch der Kömer sehr ablehnend gegenüberstehen und den ganzen Funstummel der ärztlichen Agrarier nur gezwungen mitmachen.

Schulstunde im Musterlande. In der Gemeinde Uffm bei Oberkirch in Baden hat ein Lehrer zur Zeit 255 — sage und schreibe: zweihundertfünfundfünfzig — Kinder zu unterrichten. Als am 4. Dezember v. J. eine Lehrerin krank und Urlaub gefordert wurde, erklärte die obere Schulbehörde in Karlsruhe: Es sehe niemand zur Verfügung! Die 255 Kinder wurden nun von zwei Lehrern unterrichtet. Der eine von ihnen erkrankte an Ueberanstrengung; Urlaub war wieder nicht zu beschaffen, und so merben seit Ende Januar 255 Kinder durch einen Lehrer behilft — davor, daß sie alljährlich lernen.

Ein seltsames Verhör. In Stuttgart ist ein völkerverfeindliches Mitglied des Bürgerausschusses, das von Beruf Lehrer ist, vom Oberbürgermeister v. Gaus bereits zweimal aus den Sitzungen der bürgerlichen Kollegien ausgewiesen worden, als Träger der Schulorganisation zur Verhandlung standen, will nach der Meinung des Oberbürgermeisters dieses Mitglied als Lehrer an den Verhandlungsausschüssen „persönlich interessierter“ war. Dagegen wird in Lehrkreisen lebhaft opponiert und wie es scheint, auch mit Recht. Der betreffende ist als Schulmann im Kollektiv anerkannt worden und den Absichten der Wähler wird schlecht entprochen, wenn er gerade dann der Beratung fernbleiben muß, wenn er in die Lage kommt, veruschliche Kammissie, die er vor den übrigen Mitgliedern voraus hat, zu vertreten. Es kommt seiner hinzu, daß es sich nicht um Verhandlungsausschüsse handelt, die das betreffende Mitglied „persönlich“ angängen, sondern um allgemeine, ganz katastrophale von Verufen umfassende Fragen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister scheint hierbei von besonderer Aufmerksamkeit gegen den Lehrerstand geleitet gewesen zu sein, denn es ist bisher noch nicht bekannt geworden, daß er Kollegialmitglieder, die als Grundbesitzer an der Durchführung von Straßen, als Warte an der Konzessionierung neuer Wirtschaften etc. mehr oder weniger direkt persönlich interessiert sind, bei Verhandlungen über solche Angelegenheiten hinzugezogen hat. Die Angelegenheit dürfte daher wohl noch weitere Kreise ziehen.

In Weissenau wirken nicht nur Lehrer von staatlichen, sondern auch von städtischen Schulen bei der Beratung von Schulfragen im Stadiparlament und dessen Ausschüssen hervorragend mit.

Der österreichische Nationalitätenstreit vor bezifferten Maßstab. Im Regierungsbüro in Prag wird unter österreichischer Schirmherrschaft in Wien in der verflochtenen Woche sechs Verantwärtungen ab, in denen er über „Nationalitäten“ und Verfassungssätze in Österreich sprach. Die Verantwärtungen, die in Prag, Wien, Böhmen, Mähren, Österreich, Ungarn, Tausende und Tausende stattfanden, waren samt und sonders überaus glänzend besetzt.

Der Redner weist nach, daß der Nationalitätenstreit in Österreich nichts weiter ist, als ein Versorgungskampf der Bourgeoisie, ein Kampf um Aemter und Posten, an dem die Arbeiter weder Anteil noch Interesse haben. Nur weil durch den Streik alle großen Fragen zurückgedrängt würden, müsse die Sozialdemokratie auf eine gesetzliche Regelung der Sprachenfrage bringen. Nur in der Sozialdemokratie werde Österreich den nationalen Frieden finden.

Nicht antwortlich schilderte Genosse Schumacher dann die Wahlrechtskämpfe des österreichischen Proletariats, wo es Gut und Blut in die Schanze geschlagen und unter riesigen Opfern an Freiheit und Leben sich das Recht auf die Straße und schloß sich ein freies Wahlrecht erobert habe. Gerade diese letzten Ausführungen des Redners fanden bei den preussischen Zuhörern verständnisvolle Aufnahme. Um noch einer eigentlich selbstverständlichen Tatsache Erwähnung zu tun: Ausgewiesen wurde Genosse Schumacher nicht!

Der Oldenburgische Landtag hat sich in vertraulicher Sitzung mit der Regenschlagsfrage beschäftigt. Eine Regenschlagskommission ist in Prag, weil die Großherzogin erkrankt ist, die bei dem Ableben des Großherzogs noch während der Winterjahre die Erbgroßherzogin eine Regenschlagskommission zu übernehmen gehabt hätte. Wie berichtet wird, hat der Landtag im Einverständnis mit der Regierung unter Zustimmung der Sozialdemokraten beschlossen, die Regenschlagskommission zu regeln, daß eventuell der Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein geistlicher Regent wird.

Preussische Regierung und Hochwasserkatastrophe. Der preussische Minister des Innern hat Anweisung ergehen lassen, daß ihm unverzüglich Bericht über die Schäden der letzten Hochwasserperioden erstattet wird. Es ist wahrlich trüblich, daß die Regierung vom Lande e die Bewilligung an erordenlicher Geldmittel zur Pinderung der Nothlage der Ueberschwemmten, namentlich in der Altmark und zur Wiederherstellung der Deiche und Wege fordern wird, da die Mittel der Kreis für diese Zwecke nicht ausreichen. Der Schaden in der Altmark wird auf Millionen berechnet, die Felder und total verunfallt, zahlreiches Vieh ist umgekommen, und in fast allen Dörfern der vom Hochwasser hehrtraten Gegend befinden sich vom Wasser geschädigte Häuser, die abgetragen werden müssen.

Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts durch Lehrverträge. Die Berliner Handwerkskammer hat neue Vorschriften über das Lehrlingswesen erlassen, in denen sich folgender Passus befindet:

„Den Lehrlingen unter 16 Jahren ist der Besuch von Schank- und anderen öffentlichen Lokalen nur in Begleitung erwachsener Angehöriger oder des Lehrherrn gestattet.“

Der Lehrherr kann im Lehrvertrag vereinbaren, daß der Lehrling ohne seine Genehmigung weder Vereinen beitreten, noch Versammlungen besuchen darf.“

Da hierdurch auf dem Umwege über die Lehrverträge auch das unpolitische Vereinsangehörrecht der Jugend unterbunden werden soll, hatte die Berliner Jugendorganisation zu Sonntag eine Protestversammlung gegen die Absichten der Handwerkskammer einberufen. Die Polizei beschränkte Straßendemonstrationen. Sie stürzte den Vorlesenden an Antikstelle und stellte ihm strafrechtlich Haftung für etwaige Unfälle in Aussicht. Trotzdem absolut keine Straßendemonstrationen geplant waren, und diese Verletzung auch an Antikstelle abgelehnt wurde, hatte die Polizei mobil gemacht und unzählige Schaulustige aufgerufen, die mit ihrem umgeschuldeten Revolver lächerlich auftraten.

Die Versammlung war von etwa 2500 Personen besucht. Der Landtag des Fürstentums Lippe trat heute zusammen. Der Landtag ist neu gewählt und die erste Sitzung war inoffiziell von Bedeutung, als der Abgeordnete Neumann-Hofer (freif.) Protest gegen die Gültigkeit sämtlicher Mandate erhob. Neumann-Hofer beantragte den Protest mit der Behauptung, daß die Wahlen an bestimmter verfassungsmäßig zustande gekommen seien, weil bei der Aufstellung der Wählerlisten die Staatsgebäudebesitzer nicht mit anzurechnen gelegt worden ist. Der Landtag trat sofort in die Beratung des Protestes ein, schloß aber dabei die Öffentlichkeit aus. Ueber das Ergebnis ist bisher noch nichts bekannt.

Die Wollen auf dem Balkan

Haben sich über Sonntag erheblich dicker und finstler zusammen ge-
jogen und wieder einmal droht aus dem Westen Weiterwinken der
Krieg. Einmal ist es das unvernünftige Verhalten der Serben
gegenüber Oesterreich, welches diese Gefahr aus neue hervorruft,
dann verwirrt die überraschende politische Anerkennung des
Königs von Bulgarien durch den russischen Zaren die Lage.

In Oesterreich droht man ganz fürchterlich nach dem ungebürdigen
Belgrad hinüber. Der „Beste Plovd“ schreibt z. B.:

Serbien ist Herz seines Schicksals. Es kann,
wenn es will, die Freundschaft Oesterreich-Ungarns sofort gewinnen,
wenn es das Gegenteil von all dem tut, was es bisher getan.
Es wird aber gewiß die donnernde letzte Mahnung von
der Monarchie empfangen, wenn dieser Wandel nicht sehr
dald eintritt.

Der „N. N. Lissa“ schreibt:

Wir wünschen die Strafexpedition gegen Serbien
nicht und namentlich wünschen wir nicht, sie zu beschleunigen.
Wenn sie unvermeidlich ist, so muß die Entscheidung dafür die uner-
lässliche Notwendigkeit sein. Haben wir die Affaire angeht, so
müssen wir sie mit Ehren zu Ende führen, und zwar in der Weise,
daß wir für die nächste Zeitperiode die Integrität der ungarischen
Schlossergrenze sichern. Es hängt ganz ausschließlich von Serbien ab,
ob es sich blindlings in diesen erschrecklichen Selbstmord
stürzen wird.

Rußland droht inzwischen großartig, sich auf jeden zu stützen,
der es wagt, Serbien anzutasten. Es könnten also aus dem serbischen
Wirkel noch die gefährlichsten Komplikationen sich ergeben.

Aus Wien, 22. Februar, wird gemeldet: Die heute in
Wien verbreiteten Gerüchte, daß der Krieg mit Serbien be-
schlossene Sache und ein Ultimatum bereits abgegangen sei,
werden von offizieller Seite entschieden dementiert. Man er-
klärt: daß ein entscheidender Schritt der österreichischen Regierung
Serbien, falls er notwendig sein sollte, erst in zwei bis drei
Wochen zu erwarten sei. Zugleich wird, daß die Situation in
Folge der Haltung Rußlands, welches das Konferenzprogramm
wieder aufgegriffen hat, um einen diplomatischen Erfolg am Kosten
Oesterreich zu erzielen und auch bemüht ist, die Wägen zu einem
gemeinsamen Schritte in Wien zu bewegen, sich ernstlich ge-
fallt hat. Trotz der Schwierigkeiten wird doch noch immer an
die Möglichkeit geglaubt, den Frieden zu erhalten.

Sonntag und Montag sind abermals 50.000 Mann öster-
reichlicher Truppen nach der serbischen Grenze abgegangen. Es be-
finden sich nun an der serbischen Grenze 200.000 Mann. Da dieser
Bestand auf 400.000 Mann erhöht werden soll, wird es möglicher-
weise bereits im Laufe dieser Woche zur Einberufung der Reserven
kommen.

Verhängnisvoller werden inzwischen in Berlin angekreut:
In den letzten Tagen Deutschlands wird nach wie vor an
der Auffassung festgehalten, daß die Gefahr einer Bedrohung
des Balkanfriedens so lange als beständig angeht, werden
daß, als die fremden Mächte in ihrer Gesamtheit einwirken,
alles zu tun, um den zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien
drohenden Konflikt zu vermeiden und vor allem die maßlosen
Wünsche der belagerten Regierung auf ein bescheidenes Maß zurückzu-
drücken. Den Verhandlungen, als habe Rußland in letzter Stunde
die Absicht zu erkennen gegeben, die Forderungen Serbiens in ge-
eigneter Weise zu unterstützen, wird kein Glauben beigemessen.
So sehr jetzt auch von Deutschland alles geschieht, um einen trü-
blichen Ausgleich im nahen Osten zu ermöglichen, so wenig besteht
irgendwo ein Zweifel, daß die deutsche Politik Schulters
an Schulters mit der Oesterreich-Ungarns bleibt.

Eine sehr angenehme Aussicht für uns, mit in den Strudel
hineingezogen zu werden.

Bei der Beerdigung des Großfürsten Wladimir hat nun der
russische Zar den Ferdinand von Bulgarien unter Anerkennung seiner
Königswürde empfangen. Auch diese Hofstätten geben Anlaß zu
Auseinandersetzungen. Die russische Anerkennungssaktion soll bei den
Regierungen in London und Paris eine peinliche Überraschung ver-
ursacht haben. Weder England noch Frankreich wollen das euro-
päische Konzert in dieser Angelegenheit zerbrechen lassen und er-
klären, daß die Anerkennung nur durch alle Großmächte auf einmal
durchgeführt werden könne. Deutschland, England, Frankreich und
Italien haben auf der Pforte durch ihre Vorkämpfer Erklärungen ab-
gegeben, daß sie die Anerkennung der Königswürde des Fürsten
Ferdinand nicht zugeben. So wohl in dieser Frage wie in
derjenigen der Unabhängigkeit halten sie das Prinzip des für den
Kongress festgesetzten Programms unbedingt anrecht.

Händstöß haben die Patrioten und Diplomaten also wieder
einmal genug zusammengetragen — es bedarf nur eines Funken
und das Pulverfaß brennt lichterloh!

Auf seinen „Vogelgang“

Kam der österreichische Genosse Bernerstorffer

zu sprechen, als er am Freitag vor seinen Wählern in Wien-
Neubad Rechenschaft ablegte. In einer stark besuchten Ver-
sammlung führte Genosse Bernerstorffer nach der Wiener „Ar-
beiterzeitung“ aus:

„Uns Sozialdemokraten hat man oft borgenommen, wir ber-
raten die nationale Frage, wohl aus dem Grunde,
weil wir nicht bei jeder Dummheit der nationalen Parteien mit-
tun. Zu der deutschen Nation gehören Hunderttausende
deutscher Arbeiter und wir stehen auf dem Standpunkt,
daß, was dem einen recht ist, dem anderen billig sein muß.
Wenn es sich um wirkliche nationale Interessen handelt, wer-
den wir uns wehren, da können die Herren Nationalen ganz
ruhig sein. Heute aber streiten sich die Leute herum wegen ein-
paar Straßentafeln, die zweisprachig oder einsprachig sein
sollen. Unsere bürgerlichen Radaupolitiker haben und drüben
leben davon, daß wir keine Sprachengesetze haben. Daß dem
so ist, ist Schuld beider Parteien. Wir brauchen ein Spra-
chengesetz, das fest ist, und Pflicht des Parlaments ist
es, ein Gesetz zu schaffen und wenigstens eine Grundlage für
den nationalen Frieden herbeizuführen. Das wollen die Leute
um Choc und Kiofak herum nicht, die wollen den nationalen
Fanatismus schüren und produzieren sich als Gruppe der neuesten
schönsten Missionen. Trotz alledem wäre die Schlichtung der
Session nicht notwendig gewesen, wenn den Radaumachern mit
mehr Energie entgegengetreten worden wäre.“

Ich habe noch nachzutragen, daß im Monat Dezember der
Anspruch der Sozialdemokraten auf die Vizepräsidenten-
stelle erfüllt wurde. Ich fühle mich verpflichtet, auch dar-
über zu sprechen, wieso es kommt, daß der sozialdemokratische
Vizepräsident vom Kaiser empfangen wurde. Der Ent-
pfang beim Kaiser ist ein seit vierzig Jahren üblicher Gebrauch.
Es ist eine Formalität und Höflichkeit der Krone und die mei-
sten von uns waren der Meinung, daß man eine Höflichkeit
nicht mit einer Grobheit beantwortet. Uebrigens können die
Herrschaften, die sich darüber aufregen, ganz beruhigt sein:
Der Kaiser ist ein alter Monarch und wird
sein Republikaner, auch wenn er mit uns
spricht; ich bin ein alter Republikaner und

werde deshalb rein monarchisch, weil ich mit
dem Kaiser spreche.

Es ist möglich, daß das Haus nicht lange mehr im Be-
sitz des Herrn v. Wiener sein wird. Er hat sich sein Jagel
gesteigert und wird später einmal Statthalter von Niederösterreich
werden. Ich glaube, wir sind eines Sinnes, wenn ich sage:
Wir wollen das Parlament und werden es
halten! (Stürmische Zustimmung.) In einer Zeit, wo man
in der Türkei das Parlament einführt, kann man in Oesterreich
nicht mit dem Absolutismus regieren. Vorherhand schaut es
nicht so aus, daß noch bevor Wahlen stattfinden. Wir wollen
doch hoffen, daß sich das Parlament auf seine Pflicht besinnt,
und nach alter, guter sozialdemokratischer Sitte auf alles
geht. Sollte aber der Ruf zu Neuwahlen
an die ergehen, so wird sich die Arbeiterschaft mit un-
vermindelter Kraft einsetzen und den Beweis liefern, daß das
organisierte Proletariat ein Faktor von Macht und
Ansehen ist und bleibt.

Der vom Vorsitzenden Genossen Wulfsch zur Abstimmung
gebrachte Antrag, dem Sozialdemokratischen Verband und dem
Abgeordneten Bernerstorffer Dank und Vertrauen auszusprechen,
wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Genosse Eduard Bernstein in Paris.

Aus Paris wird uns geschrieben: Genosse Eduard Bern-
stein ist nach Paris gekommen, um an einer großen Friedens-
Demonstration, die am Montag Abend angelegt war (unter dem
Vorwort von der Presse, mit Bernstein, Vandervelde und Jaures
als Rednern) teilzunehmen. Diese Gelegenheit benutzten die
hierigen Genossen, um ihn auch noch zu einigen anderen Vor-
trägen zu veranlassen. So sprach er am Sonnabend Mittag in
der „Ecole des Hautes Etudes Sociales“ über die gemeinschaft-
liche Aktion und ihre Grenzen. Bei dieser Gelegenheit inter-
vierte ihn ein Redner der Humanität. Bernstein sprach kurz-
lich in Präzis über Marxismus. Als der Interviewer meinte,
daß sei ein sehr „orthodoxes“ Thema für einen Revisionisten,
antwortete Bernstein: „Was ich in Brüssel vor allem betonen
wollte, ist die bedeutende Ausdehnung der Marxistischen Idee, die
endlich gewonnen ist. Seine Werttheorie ist für die politische
Ökonomie ebenso notwendig, wie die Atomtheorie für die
Chemie, trotzdem man noch keine Atome gesehen hat. Der öko-
nomische Materialismus ist eine unendlich fruchtbare Methode
für das Proletariat.“ Am Sonnabend Abend sprach Bern-
stein im Deutschen Lesesaal.

Neue Fachvereinsausführungen in Ungarn. Der Minister
des Innern, Graf Andrássy, hat den Vernichtungskrieg gegen die
Fachvereine erklärt. Erst vor einigen Wochen wurden mehrere Fach-
vereine aufgelöst und jetzt hat der alte Minister wieder den Fachverein
der Transportarbeiter mit 6000 Mitgliedern und den Fach-
verein der Kaffeekausgehilfen mit über 8000 Mitgliedern
aufgelöst. Nachdem bereits die größeren Fachvereine das gleiche
Schicksal fanden, bleibt kaum noch eine Gewerkschaft übrig. Wenn
aber Graf Andrássy glaubt, mit den Aufrufen die Sozialdemo-
kratie niederzuringeln, so täuscht er sich sehr, denn die Arbeiterchaft
wird Mittel und Wege finden, dem Vernichtungskrieg einen Damm
zu legen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Februar.

Messina — die gottloseste Gegend von Italien.

(Pastor Regehy gegen Prediger Tischler.)

Messinas Unglück hat es den Frommen nun einmal an-
getan. Mag es auch in der malerischsten Gegend Italiens lie-
gen, wie zu den handels- und verkehrsreichsten Städten gehören,
mögen seine Bewohner noch so sehr die Sympathie auch ihrer
fremdsprachlichen Mitmenschen gewonnen haben, seit jener furcht-
baren Katastrophe vom 28. und 29. Dezember vorigen Jahres
wird kein Name nur noch mit jener, den bekannten Bibelnamen
Sodom und Gomorra anknüpfenden Ebe ausgesprochen;
natürlich nur von jenen Mächtern der Barmherzigkeit, die von dem
individuellen Kampf der Einzelnen ums Dasein ebensowenig eine
Ahnung haben, wie von der durch Jahrzehnte lange Forderung
erwiesenen Tatsache, daß auch die Ursache eines Erdbebens,
dieser gewaltigsten Naturerscheinung, anderswo zu suchen ist, als
im Reiche der Pastorenmoral. Wenn man aber so eine Behaup-
tung, wie sie unsere Ueberschrift trägt, aufstellt, muß man sie
auch beweisen; und es ist interessant zu hören, wie ein Herr
Pastor Regehy am Sonntag in öffentlicher Versammlung, als
er über das Thema: „Der liebe Gott und das Unglück von
Messina“ sprach, diesen Beweis auf eine einzige Tatsache
stützte, nämlich die, daß acht Tage vor dem Erd-
beben eine Zeitung Messinas einen Artikel
brachte, der sich mit dem Dasein oder Nicht-
dasein eines Gottes in etwas eingehender
Weise beschäftigte!

Wenn bei dieser Beweissführung die Zuhörer den Nach-
zettel melder, so hat dies Herr Regehy nicht zum mindesten
seinen freundlichen Einleitungsworten zu verdanken, in welchen
er die Versammelten aufmerksam machte, daß sie sich in einem
christlichen Raume, in christlicher Gemeinschaft be-
fänden und sich darnach zu verhalten hätten; eine gewiß un-
nötige Aufforderung, die wohl von Herrn Regehy nur deswegen
gemacht wurde, weil er zu mutmaßen schien, daß nicht der
kleinste Teil der Zuhörer zu den Anfangern Tischlers zählte,
gegen den er demonstrierte. Diese letztere Annahme ist wohl
auch schuld, daß diesmal das „Radob“ auf der Liste der gott-
losen Gegenden nicht mit angeführt wurde; dafür aber wurden
San Francisco und Martinique mit um so größerem Nachdruck
genannt. In letzteren Erdbeben sollen die Bewohner durch
Schlachten eines Schweines am Karfreitag
ihre Schicksal besiegelt haben!!

Es ist etwas Erbauliches um die Logik, und wenn Herr
Regehy die Logik Tischlers, dessen letzteren Vortrag gleichen
Themas er immer wieder in seine Rede hineinzieht, als von
einer falschen Voraussetzung ausgehend bezeichnete, so dürfte er
mit obigen Ausführungen zweifellos das Niveau logischer
Schlußfolgerungen gewisser Frömmelkreise als ein kühner mi-
nimales gekennzeichnet haben. Ja, diese Logik grenzt zuweilen
ans Lächerliche, ja Empfindliche! Wenn Herr Prediger Tischler
von der freireligiösen Gemeinde in seinem Vortrag von dem
Geist der Solidarität sprach, der die Menschen einander nähernd,
die Nationen unter einander verbindend und zu gemeinsamen
Handeln anspornend, sich an der Stätte des Unglücks in Messina,
als es Hilfeleistung galt, am tätigsten zeigte, so setzte Herr
Regehy an diese Stelle eine andere Solidarität, nämlich, daß
sich die Sünder von Kind zu Kind vererbt und sich die
Kinder mit den Eltern in Sündigen solidarisch erklären;
denn wie bei den Erwachsenen, so zeigten sich auch bei den
Kindern die Regungen des Bösen, und darum sei auch die Be-
hauptung, daß auch viele unschuldige Kinder bei einem solchen
von Gott ratulierten Strafgericht mit ums Leben
kämen, hinfällig. — Noch manche anderen, gleich großartige
Spezialbeispiele enthielt der Vortrag, sie alle endigten schließlich
in dem Satz: „Das Erdbeben von Messina ist der
aufgehobene Finger Gottes. Wenn Ihr Euch
nicht bessert, wird es Euch auch so gehen,
daraum danket Eurem Schöpfer, daß es Euch
nicht auch schon so ergangen ist.“

Einen Trost hatten wir, als wir nach diesem Vortrage
der dumpfen, kumpfen, stümpfen Duff des christlichen Sozials
entflohen waren: So die aufgetragen, schädel der Widerstand
nehmen. Für Segensheil! — Nachhause des Weiteren und Ent-
bers Reisen noch Mühe werden gerade deshalb so überaus

komisch, weil darin die Farben so bestialisch die aufgetragenen sind.
Es gibt Kinder, die erst an diese Märchen als an wahrhaftige
Vorkommnisse glauben, — aber wenn sie groß geworden, sind
gerade sie es, die sich am meisten amüßeren, daß sie so etwas
hätten glauben können. Wenn es also noch Leute gibt, die den
Frommen glauben, daß das Erdbeben von Martinique, das
35.000 Menschen tötete, dadurch verschuldet worden ist, daß
einer am Karfreitag ein Schwein geschlachtet hat, — wie be-
neiden Pastor Regehy nicht im mindesten um diese Schicksale.
Und wer da glaubt, daß der „liebe Gott“ wegen eines lumpigen
Schweines willen 35.000 unschuldige Menschen tötet, — dem
lassen wir gern und neiblos seinem „lieben Gott“. Nein, die
Augen, zeichnend, aus Schweinsblut weisagender Pastor
Regehy! Aus den denken den Menschen wirken Unglücks-
fälle anders als auf Ihre Claque, das hat Goethe uns un-
vergeßlich gelehrt. Wir haben den Bericht des jungen Goethe,
der in seiner Jugend auch sehr fromm, pietistisch sogar, gewesen
ist, und der damals das Erdbeben von Lissabon miterlebte,
wo eine glänzende, blühende Stadt mit einem Male in Trüm-
mern lag. Und Goethe berichtete auch von der damaligen Zeit,
daß ihn der Eindruck dieses Unglücks in seinem Clau-
den an die göttliche Vorsehung erschütterte
und daß überhaupt in ganz Europa eine Umkehr der Stimmung
im ganzen geistlichen Leben dadurch herabgerufen sei. Für
Goethe war das Erdbeben ein Beweis, daß es keinen Gott
geben könne. Mit ihm einer Meinung zu sein, ist ehrenvoll
und bringt Segen. „Steh Du nach Deinen Rechnungen — ich
fürchte, sie stehen übel“, sagt Schiller in „Kabale und Liebe“.
Hat er gar den Pastor Regehy vorausahnt gemeint?

* Auf einen Schelmen anderthalbe zu legen.
ist noch immer das beste Mittel zur Abwehr. Auch die
Junferregierung, die der Breslauer freireligiösen Gemein-
de mehr noch immer die 10.000 Mt. Erbschaft vorenthält,
wird das in einem Falle zu spüren bekommen. Aus
Messina wird der „Frankf. Ztg.“ darüber berichtet:

„In der hiesigen Monatschrift „Es werde Licht“ teilt
Prediger Georg Welker in Bezug auf die der Bres-
lauer freireligiösen Gemeinde bis jetzt vor-
enthaltene Erbschaft mit, daß 200 hochbesteuerte Evan-
gelisten und 15 Katholiken in Wiesbaden sich bereit erklärt
haben, aus ihrer Kirchenengemeinschaft auszu-
treten und der deutsch-katholischen (freireligiösen) Gemein-
schaft beizutreten, wenn die Erbschaft dieser Gemeinde vor-
enthaltene werden sollte. Es würden hierdurch jährlich 140.000
Mark statt in die evangelische in die freireligiöse
Kasse wandern.“

So ist's recht. So schlägt man gleich zwei Fliegen in
einer Klappe; Man füllt die freireligiöse Kasse und außer-
dem wird der Kirche soviel Geld entzogen, daß die übrigen
Frommen in den laueren Äpfel einer Erhöhung der
Kirchensteuer heißen müssen. Wenn aber die Frommen
zahlen sollen, sind sie eher geneigt, aus der Kirche auszutreten
— wie die Patrioten, die auch nur so ange Hurra schreien,
als es ihnen etwas einbringt.

* Was kann die Gemeinde gegen den Alkoholis-
mus tun? Genosse Redakteur Ernst Regehy in Stuttgart hat
eine Broschüre verfaßt, die die Aufgaben der Gemeindepolitik im
Kampfe gegen den Alkoholisumus präzisieren soll. Darin weist
der Verfasser auf die Ausgaben hin, die der Gemeinde aus der
Unterstützung von Trinkerfamilien erwachsen. Er führt nur
zwei traurige Fälle aus der Stadt Halle a. S. an, die der Stadt
5700 und 2520 Mark kosten. Daß die Gemeinden zeitweise
hohe Beträge aufwenden müssen, um durch Trunksucht verarmte
Familien zu unterstützen, ist gewiß. So geht aus der letzten
Statistik des Leipziger Armenamts hervor, daß allein 245 Unter-
stützungsfälle wegen Arbeitsscheu, Trunksucht und Verlorenheit zu
berzählen waren. Wenn auch die Fälle von Arbeitsscheu und
Verlorenheit nicht bestimmt mit Trunksucht in Verbindung ge-
bracht werden können, so ist doch sicher ein Teil dieser Fälle
auf Trunksucht zurückzuführen. Andererseits werden eine Anzahl
Unterstützungsfälle, die bloß auf Krankheit beruhen, im Grunde
dem Alkoholisumus aufs Konto zu legen sein.

Zur Abstellung des Übels verweist der Verfasser nun auf
die zahlreichen Vorschläge, die in dieser Beziehung bereits ge-
macht worden sind, zum Beispiel: Veranlassung von Vorträgen,
Verbreitung geeigneter Literatur, Anbringung von auffällenden
Plakaten, Annahme von Statuten, Errichtung von
öffentlichen Gärten, Spiel- und Sport-
plätze, Badeanstalten, Schrebergärten,
Beschaffung alkoholfreier Trinkgelegenheiten, Wärmestuben,
Bädereien, Volkstheater usw. u. u. Ferner tritt das Christ-
liche für die Hebung der Lage der Arbeiter durch
Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung
der Löhne ein und weist das Bourgeoisargument, daß
durch diese Maßregeln nur der Wirkhaushalt gefördert werde,
energisch auf Grund der gemachten Erfahrungen zurück. Die
Wichtigste der Wohnungsreform zur Bekämpfung der
Alkoholgefahr hebt der Verfasser gebührend hervor.

Eine kleine Entgegnung der Schrift bedeutet das Kapitel:
„Antimietneuperwe“. Der Verfasser fordert da zum Schluß die
Anwendung „schärfster Maßnahmen“. Er geht jedoch selbst zu,
daß die Polizei in dieser Beziehung ziemlich machtlos ist und
hätte schon aus diesem Grunde zu der Erkenntnis kommen sollen,
daß das Antimietneuperweisen ebensowenig wie die Alkoholgefahr
überhaupt durch Polizeimaßregeln zu lassen ist.

Gewünscht hätten wir, sagt mit Recht die „Leipziger
Volkzeitung“, daß der Verfasser vor der Gefahr warnte, die
im Tee- und Zigarettengenuss lauert. Erfahrungsgemäß
wenden sich die Alkoholabhängigen gern diesen Genüssen zu und
kommen so aus dem Regen in die Traufe. Daß Tee
und Zigaretten ebenso schädlich wirken, als Bier und Zigarren, wird
kaum bestritten werden.

* 7347 Eingebügel- und Anlagenfeinde sind im ver-
loffenen Jahre in den Breslauer Anlagen (Steinig, Scharf,
Barthel und Pionnen) von den Angestellten der städtischen
Gartenverwaltung vernichtet worden. Interessant ist, was sich von
diesem Kröppern alles in den Anlagen anhäuft. Unter den 7347
Es sind befannden sich nämlich: 130 Ratten, 13 Mäuse, 23 Hasen,
468 Ratten, 936 Mäuse, 591 Rattenmäuse, 1135 Sperlinge, 2506
Sperlingsvögel, 35 Hamster, 1103 Eichhörnchen, 251 Rattensch-
weine, 58 Grillen, 74 Wägen, 20 Eichelhäher, 28 Eichel-
häherchen.

* Gefunden wurden eine Flasche Sekt, ein goldenes
Armband — verloren wurden eine Stahluhr, eine Theater-
abonnementskarte, eine Handtasche mit 300 Mark, eine goldene
Brille, ein goldenes Medaillon, eine goldene Damenuhr, eine
silberne Herrenuhr, ein goldenes Vincenz mit Emu, eine sil-
berne Brosche, zwei Straßenbahn-Kontrameterkarten, eine sil-
berne Damenuhrkette mit Anhänger, ein Zwanzigmarkstück, eine
goldene Kapelluhr, graviert O. K., mit dreifachbelegter goldener
Kette, ein blau und grün fariertes Umhängemich, ein silberner
Nagelschirm, ein Damenregenschirm, ein Paar Stiefelgeschäfte,
ein Stuhngeländer, ein Bild schwarzer Paletotfutterstoff und ein
Perfianerwand. — Ferner sind in der Zeit vom 8. bis 14. Fe-
bruar 1905 in den städtischen Annahmestellen, Verlorene An-
nahmen z. folgende Gegenstände gefunden worden: ein Silber-
schloß, enthaltend 240 Mark, grauer Stoff, ein Paar Schül-
tasche, ein Paar weisse Strümpferhandschuhe, ein Herrenschirm
(Galbfarbe), ein Damenschirm (Seide in Futteral), ein schwarzes
Opferglas, ein Opferglas-Etui mit Nieren.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktions- und Expedition: Neue
Breslauer Ztg. — Druck von Carl Schuler. — Druck von 24. Schuler.
B. M. J. — Druck in Dresden.

Mittwoch, den 24. Februar 1909.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Februar.

Geschichtskalender.

24. Februar.

- 1786 Der Altertumsforscher Wilhelm Grimm *.
- 1829 Der Romantischdichter Friedrich Spielhagen *.
- 1848 Februarrevolution in Paris. Frankreich wird zum zweiten Male Republik.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen

In Breslau ist wieder etwas zurückgegangen. Während noch im Jahre 1905 7650 leere Wohnungen vorhanden waren, betrug diese Zahl 1906: 7302, 1907: 6789 und 1908: 6037. Dabei ist die Zahl der Wohnungen selbst in dieser Zeit von 122,289 auf 131,508 gestiegen. Aber gestiegen ist auch die Zahl der leerstehenden Geschäftskafale, nämlich von 856 im Jahre 1907 auf 861 im Jahre 1908. Von den 6037 leerstehenden Wohnungen waren 4631 kleine, mit höchstens zwei heizbaren Zimmern, von denen voriges Jahr noch 5253 und 1905 gar 3616 leer standen. Prozentual ist dieser Rückgang noch augenfälliger: Während 1905 noch 6,3 Prozent aller Wohnungen leer standen, waren es 1906: 5,8, 1907: 5,2, und 1908: 4,6 Prozent. Die im Gemeindeblatt veröffentlichte Aufstellung, die sich bis ins Jahr 1885 zurückerstreckt, bemerkt unter anderem dazu:

„Der Druck, welcher im letzten Jahre der wirtschaftliche Leber befehle, erstreckte sich auch auf das Baugewerbe. Schon im Jahre 1885 zeigte sich die Wirkung, denn verhältnismäßig wenig Bauten wurden in Angriff genommen. Im September entstanden 250 neue Wohnungen gegenüber 348 in der gleichen Zeit des Vorjahres, im Oktober 120 gegenüber 175 und im November nur 42 gegenüber 255 des Vorjahres. Obgleich kann von einem Wohnungsmangel nicht die Rede sein, bis jetzt kann ein Aufhalten der Ueberproduktion an Wohnungen nur wehntend von den Hausbesitzern empfunden werden.“

Auch im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme ändert sich das Bild nur wenig, da die Wohnungszahl im letzten Jahre in ähnlicher Weise gewachsen ist wie die Bevölkerungszahl. Die leerstehenden Geschäftskafale nehmen diesmal einen größeren Raum aller unbemittelten Gefasse ein, als bei der vorjährigen Zählung.

Einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse der einzelnen Stadtteile gewährt die folgende Tabelle:

Am 1. Dezember 1918 in	Wohnungen	Darvon leerstehende	Prozent
Innere Vorstadt	11.434	651	5,7
Vorvorstadt	18.589	826	4,8
Sandvorstadt	22.606	1345	5,9
Schlauer Vorstadt	15.913	696	4,4
Strehleiner Vorstadt . . .	8.584	298	3,5
Schweidnitzer Vorstadt . .	21.492	688	3,2
Vorstadt (nördlich)	11.854	295	2,5
Milauvorstadt	21.122	1170	5,5
Gesamt Breslau	131.508	6037	4,6

Im Verhältnis der einzelnen Stadtteile zu einander zeigt das Wohnungsangebot gegenüber der vorjährigen Zählung wenig Veränderung: Sandvorstadt, Innere Stadt und Milauvorstadt stehen wieder an der Spitze, wenn auch in der letzteren der Prozentsatz wesentlich gesunken ist und die erste Stelle diesmal der Sandvorstadt einnimmt. Die übrigen Stadtteile folgen in derselben Reihenfolge wie im vorigen Jahre. Mit Ausnahme des größten Teiles der Sandvorstadt und der Strehleiner Vorstadt ist an der ganzen Peripherie der Stadt ein Wohnungsbau im Gange. In der Sandvorstadt findet nur in der Gegend zwischen Gabis-, Kärstner- und Gräbchenstraße ein Ueberangebot statt, das nur noch von der Gegend um die Bestnerstraße, Wiesenstraße u. und zwischen Lehndamm und Matthiasstraße übertraffen wird. Am günstigsten sind die Vermietungsverhältnisse in dem Teil zwischen Kaiser Wilhelm-, Cadowa-, Suden-, Lehndamm- und Brunnenstraße.

Ein verhältnismäßig kleiner Wohnungsbau findet sich bei den 3-Zimmerwohnungen; während hier der Anteil an dem Gesamtwohnungsbestand 14,9 Prozent ausmacht, sind nur 11,3 Prozent der leerstehenden Wohnungen unbemittelt. Die 2-Zimmerwohnungen (2-3 Zimmer) nehmen den bei weitem größten Teil (71) aller Wohnungen ein. Die meisten Kleinwohnungen stehen verhältnismäßig wieder in der Milauvorstadt leer. 86,6 Prozent der dort unbemittelten Wohnungen, es folgt dann die Dbervorstadt mit 83,1 und die Innere Stadt mit 82,3 Prozent,

am wenigsten leere Kleinwohnungen bestehen in der südlichen Schweidnitzer Vorstadt mit 51 und in der nördlichen Schweidnitzer Vorstadt mit 59,3 Prozent.

Sehr hoch ist die Zahl der noch nicht bemittelt gewordenen Wohnungen, welche seit 1-2 Monaten unbemittelt sind. Da die Bauten mit Beginn der wärmeren Jahreszeit in Angriff genommen und mit Schluss derselben fertiggestellt werden, ist es nicht auffallend, daß zum 1. Oktober viele Wohnungen noch nicht vermietet sind, immerhin fällt aber die hohe Ziffer gerade in einem Jahre, in welchem wenig Bauaufbau herrschte, auf.

Zurechenbar ist, wie lange manche Wohnungen leer stehen: 1656 seit unter einem, weitere 1656 seit über einem, 438 seit über zwei Monaten, 790 sogar über drei, 654 seit 6-12, und 223, die sogar 12-24 Monate leer stehen. Ja, es sind 144 Wohnungen in Breslau, die bereits über 24 Monate leer stehen! Sogar von den noch nicht bemittelten Wohnungen fanden 152 seit 1-2 Monaten, 83 seit 3-6 Monaten, 69 seit 12-24 und 41 seit über 24 Monaten leer!

Die stille Zeit im Baugewerbe tritt auch in vorstehenden Zahlen in die Erscheinung, denn zum bei weitem größten Teil gehören die unbemittelten Wohnungen, welche noch nicht bemittelt worden sind, Neubauten aus dem letzten Jahre an.

Die Hauptursache des Leerstehens ist natürlich der Mangel einer geeigneten Vermietungsmöglichkeit. Dieser Grund, dem häufig ein zu hoher Mietpreis zugrunde liegen wird, ist in 5625 Fällen, also in 96,5 Prozent aller leerstehenden Wohnungen, angegeben. Nur 3,5 Prozent liegen andere Ursachen zugrunde, davon betragen 105 oder 1,7 Prozent Umbau und Reparatur, 50 oder 0,8 Prozent teilweise für unbewohnbar erklärte und 18 oder 0,3 Prozent Wohnungen, die zwar nicht bemittelt worden sind, für die aber im Dezember Mietes erfolgt worden ist.

Man den leerstehenden Wohnungen kosteten 269 unter 100 Mark, 899 101-150 Mark, 1252 151-200 Mark, 900 201-250 Mark, 545 251-300 Mark, 487 301-400 Mark, 299 401-500 Mark und alle übrigen zwischen 501-2000 Mark. Von über 2000 Mark löstenden fanden 79 Wohnungen leer. Der Mietwert aller leerstehenden Wohnungen betrug 2.101.195 Mark.

Der Mietpreissatz ist nach der vorliegenden Erhebung um 150.889 Mark kleiner als wie im vorangehenden Jahre. Einigen Einblick auf die Steigerung der durchschnittlichen Mietpreise der leerstehenden Wohnungen mögen die Wohnungen in den Neubauten, welche diesmal einen größeren Anteil an den leerstehenden Wohnungen haben mit ihrer auf den Mietpreis einwirkenden kurzfristigen Auslastung haben.

Die durchschnittlichen Mietpreise für die nach der Zimmerzahl unterschiedenen Wohnungen betragen:

	1900	1905	1906	1907	1908
1 heizbares Zimmer ohne Küche	121	142	145	134	161
2 heizbare Zimmer mit Küche	199	203	202	188	221
3 heizbare Zimmer ohne Küche	224	282	222	208	228
4 heizbare Zimmer mit Küche	348	308	304	276	322
5 heizbare Zimmer	593	542	516	493	547
6 oder mehr heizbare Zimmer	894	744	767	729	815
	1119	1109	1144	1117	1153
Gesamt	1892	1910	1862	1856	2055

Es sind sonach die durchschnittlichen Mietpreise der leerstehenden Wohnungen nach allen vorgenannten Größenklassen gegen das Vorjahr gestiegen.

Die Breslauer Krankenkassen am Ende des Jahres 1907.

Als Ergänzung zu seinem letzten großen Verwaltungsbericht, der die drei Rechnungsjahre vom 1. April 1904 bis zum 31. März 1907 umfaßt, hat der Breslauer Magistrat soeben eine Statistik der seiner Aufsicht unterstellten Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen für das Kalenderjahr 1907 veröffentlicht. Die publizierten Daten geben interessante Aufschlüsse über die steigende Entwicklung der Breslauer Krankenkassen und ihrer erhöhten Inanspruchnahme; sie werden noch von besonderem Werte sein, wenn die Ergebnisse des Krisenjahres 1908 vorliegen werden, dessen Wirkungen auf die Lage der Kassen sich beim Vergleiche mit der Situation im Jahre 1907 widerspiegeln werden.

92 der Aufsicht des Magistrats unterstellte Kassen bestanden im Jahre 1907 überhaupt, darunter 53 Ortskrankenkassen, 38 Betriebskrankenkassen und eine Innungs-Krankenkasse. Ueber den

Mitgliederbestand

orientieren folgende Ziffern:

Kassenart	1907		1906		1905	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Ortskrankenkassen	50.249	24.796	48.925	26.526	47.302	25.277
Betriebskrankenkassen	16.288	4.924	16.605	4.999	19.277	5.741
Innungs-Krankenkasse	6.333	7	553	5	674	5
Gesamt	72.870	30.727	66.083	31.531	67.253	31.027

Ende 1907 (Anfang 1908) hatten also die Breslauer Krankenkassen einen Bestand von 97.639 Mitgliedern. Das ist eine Zunahme gegen Anfang 1907 um 742 Mitglieder, gegen Anfang 1906 um 3372 Mitglieder. Der Mitgliederzuwachs ist also im Jahre 1906 bei weitem stärker gewesen, als im Jahre 1907. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der ganze Zuwachs des Jahres 1907 allein auf die weiblichen Mitglieder kommt. Diese stiegen nämlich vor Anfang des Jahres von 29.727 auf 31.521, also um 1794 Mitglieder. Dagegen sank in derselben Zeit die Zahl der männlichen Mitglieder von 67.150 auf 66.118, also um 1032 Mitglieder. Das alles sind deutliche Dokumente dafür, wie rasch die Erwerbstätigkeit der Frauen im Wachstum begriffen ist. Die obligatorische Krankenversicherung der Heimarbeiter, die eine Ergänzung für diese Zunahme der weiblichen Mitglieder hätte geben können, ist erst im Jahre 1908 eingetreten.

Ueber die durchschnittliche Mitgliederzahl der Ortskrankenkassen allein geben folgende Zahlen Aufschluß:

Nr.	Jahreschluß 1904	1905	1906	1907
1	1385	1406	1416	1424

Es ist also nur ein sehr allmähliches Wachstum der durchschnittlichen Mitgliederzahl der Ortskrankenkassen zu verzeichnen, besonders in den letzten Jahren. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in der Zeit von 1904 bis 1907 fünf Betriebskrankenkassen aufgelöst wurden, deren Mitglieder teilweise den Ortskrankenkassen zufließen. Die größte Ortskrankenkasse, die der Kaufleute, wies Ende 1907 einen Mitgliederbestand von 17832 auf.

Die Statistik der Betriebskrankenkassen weist erheblich schneller ansteigende Zahlen auf, was wohl eng mit der wirtschaftlichen Rentabilität und der zunehmenden Einstellung von Arbeitern in den in Frage kommenden Betrieben für die Jahre 1904-1907 zusammenhängt. Hier betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl:

Nr.	Jahreschluß 1904	1905	1906	1907
1	416	457	543	565

Die größte Betriebskrankenkasse, die der Maschinenbauanstalt in Verbindung mit der Wagenbauanstalt, hatte Ende 1907 3630, die kleinste 46 Mitglieder. Die Durchschnittsziffer der kleinen Breslauer Innungs-Krankenkasse betrug 1907 593 Mitglieder, es handelt sich um die Krankenkasse der Fuhrherren.

Zahl der Krankheitsfälle

hat im Jahre 1907 im Vergleiche mit den Vorjahren eine wesentliche Zunahme erfahren. Sie betrug 1904: 45.093, 1905: 43.365, 1906: 46.738, 1907 aber 50.732. Dieses Anwachsen steht in keinem Verhältnis zur Zunahme der Mitglieder im Jahre 1907; es beweist deutlich, wie sehr die Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter im Jahre 1907 im Vergleich mit den Vorjahren sprunghaft zugenommen haben. Diese Tatsache springt noch mehr in die Augen, wenn man die Krankheitsfälle auf 1000 Kassenmitglieder berechnet. Es kamen:

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein Serum gegen die Syphilis? Dem D. L. wird aus Paris geschrieben: In der letzten Sitzung der Gesellschaft für Biologie berichtete der Dr. V. E. Query über zwei Fälle von Kopfsyphilis, die er an einem syphilitischen Eltern beobachtet und mit günstigem Resultat durch ein von ihm erzeugtes Serum behandelt hat. Dr. Query ist in Berlin nicht unbekannt. Er nahm am Kongress von 1904 teil und wollte längere Zeit als Mitarbeiter Lassars in der Reichshauptstadt. Der junge Arzt hat bei seinen Kollegen den Ruf eines ernsthaften Forschers. Die beiden Fälle, die er in der Gesellschaft für Biologie schilderte, wurden von den Professoren Raymond (von der Salpêtrière) und Bar (von der Maternité) kontrolliert, und beide angegebene Gelehrte sind von der Wichtigkeit der Entdeckung überzeugt. Es berührt sympathisch, daß Dr. Query selbst sehr bescheiden über seinen Erfolg urteilt und ihn nur als einen Hinweis zu weiteren Versuchen betrachtet wissen will.

Die beiden Kinder, um die es sich handelt, unglückliche Geschöpfe von zwei und drei Jahren, waren nach aller Voraussicht dem Tode verfallen. Sie waren verblödet und taub. Fünfmalig wurden Einspritzungen des Serums Query, das aus dem Blute immunisierter Affen gewonnen war, haben genügt, um sie am Leben zu erhalten und um sie sogar zu normalen Funktionen ihrer Organismen zurückzuführen. (Wir geben diese uns zugegangenen Mitteilungen mit allen bei dergleichen Dingen erforderlichen Vorbehalten. Die Red.)

Die Transplantation der Nieren. Eine merkwürdige Operation an einem Hund war, dem „Tag“ zufolge, in der Berliner Medizinischen Gesellschaft Gegenstand einer wissenschaftlichen Demonstration. Es handelte sich um einen Operationsversuch, der zunächst an einem Tiere vorgenommen und mit Erfolg durchgeführt, unter Umständen auch auf den schwerkranken Menschen übertragen werden könnte. Ein Berliner Arzt, Doktor Unger, der den Hund vorstellte, hat ihm vor jetzt zehn Tagen beide Nieren herausgenommen und dafür die Nieren eines anderen Hundes eingesetzt. Das Tier hat die schwere Operation, die zum ersten Male von einem amerikanischen Arzte ausgeführt worden ist, sehr gut überstanden und befindet sich jetzt - zehn Tage nach dem Eingriff - wohl und munter. Läßt sich, wie angenommen wird, die Operationsmethode auf den Menschen übertragen, so wäre damit ein Weg gegeben, manches sonst verlorene Leben zu retten.

Aus aller Welt.

Aus dem Hochwassergebiet. Die Nachricht einiger Blätter, es herrsche im Hochwassergebiet der Typhus, entspricht nicht den Tatsachen. Die Behörden haben lediglich Vorbeugungsmaßnahmen getroffen. Es ist aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht ausgeschlossen, daß durch die vielen Kadaver, die verwehnt auf den verlassenen Bauernhöfen liegen, und die verfaulten Dunggruben schädliche Stoffe in die offenen Trinkwasserbrunnen gelangen und deren Wasser verunreinigen. Die Militärbehörde hat deshalb angeordnet, daß zwei Militärärzte, die inzwischen aus Magdeburg angekommen sind, die zivilen Ärzte bei den zu treffenden Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine Verletzung der Trinkbrunnen unterstützen. Die Kadaver der verendeten Tiere werden so schnell wie möglich fortgeschafft; große Ladungen Kalk zur Desinfektion streuen aus Magdeburg ein. Von den im Hochwasser eingeschlossenen Ortschaften wie Berge, Werben, Gieselslage usw. liegen Nachrichten von einer veränderten Situation nicht vor. Alles wartet auf die Bewältigung des Eises durch die Eisbrecher.

Es sind durch die Dürre insgesamt 200.000 Acker Landes unter Wasser gesetzt worden, auf denen natürlich die gesamte Ernte vernichtet ist. Der Gebäude- und Inventarschaden dürfte, soweit bisher zu übersehen ist, über 8 Mill. Mark betragen. Dazu kommt der ungeheure Verlust, den die Landwirtschaft durch die Vernichtung der Ernte und Verjagung der Felder erleidet, die für Jahre hinaus unfruchtbar sein werden. Als ein weiterer empfindlicher Schaden ist der Mangel an Viehfutter zu betrachten, der schon jetzt viele Kotschlachtungen erforderlich macht.

Eine seltsame Telephonkatastrophe ist in der Nacht zum Sonntag in Reichenberg i. V. einetreten. Sonnabend Abend und die Nacht hindurch war starker Regen gefallen, der bei einem eifrigen Winde sofort eskalierte, woraus Glareis eintrat. An den Drähten der Telephonleitungen legten sich tausende und tausende solcher Eiskristalle an und bald waren die Leitungsdrähte mit einer fingerdicken Eiskruste überzogen. Als dann im Laufe der Nacht Sturm einsetzte, trat die Katastrophe ein. Unter jählendem Krachen und Pfaffen zerplatzten vom Sturm her und her geweht, fielen sämtliche Telephonleitungen der Stadt und der weiteren Umgebung, so daß sich am Sonntag Morgen ein ganz seltsames Schauspiel bot. Alle Straßen waren mit tausenden und aber tausenden von Drähten bedeckt, die beinahe jeden Besuche unmöglich machten. Elektrische Bahn und Wagen konnten überhaupt nicht verkehren, es herrschte ein unbeschreibliches Chaos. Nicht nur, daß beinahe die ganze Leitung in Trümmer gegangen war, auch die Säulen von den Säulen

wurden teils verbogen, teils herabgerissen und dadurch auch an den Dächern großer Schäden angesetzt. Von der Katastrophe wurden auch sämtliche Fernleitungen ins Land hinein und nach Deutschland betroffen, so daß die industrielle Metropole Nordböhmens von jedem Verkehr mittels Fernsprecher abgeschnitten erscheint. Der Umfang der Störung wird sich erst in den nächsten Tagen genau feststellen lassen. Der Schaden wird an den Telephonleitungen allein auf 60.000 bis 100.000 Kronen bezuschlagt.

Bergwerkungstat einer Mutter. In einem Hotel an Dambldorf in Frankfurt a. M. wurde ein Zimmer gemalt gemacht, das am Tage vorher von einer Frau mit ihrem Kinde bezogen worden war. Man fand die Frau erschlagen vor; auch das Kind, ein dreijähriges Mädchen, war tot. Die Untersuchung ergab, daß die Frau ihr Kind zuerst mit Kiesel verprügelt und dann erstickt hatte. Es handelt sich um die Gekerkte eines in Frankfurt wohnhaften Killers namens Bauer. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Akademische Profetiarier. Aus Not ist in Berlin der 37 Jahre alte Zahnarzt Max Sauer, ein unverheirateter Mann, der noch nicht selbständig war, freiwillig aus dem Leben gegangen.

Handmord. Als gestern Vormittag der Zug Nr. 371 von Bromberg um 8.47 Uhr im Dirschauer Bahnhof eingelaufen war, wurde in einem Abteil weiter Klasse der Rechnungsführer und langjährige Amtsrichter Ehlert aus Domäne Rothstube erschossen aufgefunden. Man nimmt an, daß E. ermordet und verkränkt worden sei. Vermutlich den Nord begangen zu haben, ist ein junger Mensch, der in Morroschin oder Pelslin in diesem Abteil weiter Klasse aehigen war, darin bis Dirschau geblieben ist und hier den Wagen flink verlassen hat.

Ueber ein schreckliches Schiffungsglück wird folgendes gemeldet: Der Fracht- und Personendampfer „Presidente Roca“ ist auf der Fahrt von Süd-Argentinien nach Buenos Aires zwischen San Antonio und Puerto Madrin bei der Salbinkel Balbes in Brand geraten. „Presidente Roca“ ist ein argentinischer Postdampfer, der zur panamaischen Biscatinie der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehört. Offiziere und Passagiere des Schiffes sind Deutsche. Das Feuer ist noch nicht gelöscht. Der Kapitän meldete nach Hamburg, es seien nur 20 Menschen ungesalven, während „Presidente Roca“ 500 Passagiere und Besatzung mit sich führte. Der Dampfer ist der frühere Hamburger Dampfer „Pacolo“ 1896 in Riddesboronagh, England, aus Stahl erbaut.

Frau Steinheil vor den Geschworenen. Der große Prozess gegen Frau Steinheil wird im Frühjahre dieses Jahres stattfinden.

	1904	1905	1906	1907		
Ortskrankenkassen	486	461	483	männlich 559	weiblich 473	480
Betriebskrankenkassen	485	460	419	männlich 885	weiblich 495	375
Summe Krankenkassen						811
Rassen überhaupt	479	450	470			811

Wie man sieht, ist im Jahre 1907 eine ganz erhebliche Steigerung der Krankheitsfälle eingetreten, deren Ursachen hier nicht im einzelnen unterleuchtet werden können. Sollte der Zuwachs daher kommen, daß die Mitglieder mehr und mehr auch in solchen Fällen den Arzt aufsuchen, wo sie es früher aus Verachtung, Kurch vor Unbemitteltheit usw. unterließen, könnte dieses Verhältnis mit Freude begrüßt werden. Aber ebenso ist der verhältnismäßig hohe Betrag, der das Jahr 1907 ein ganz besonderes Krankheitsjahr für die Arbeiter gewesen ist.

Etwas gemildert würde dieses Resultat werden durch den Umstand, daß die Zahl der Krankheitsfälle auf einen Krankheitsfall etwas zurückgegangen ist. Sie betrug 1904: 21,8, 1905: 22,6, 1906: 22,7, 1907: 29,5. Auch die Statistik über die Sterbefälle, die auf einen Krankheitsfall kommen, zeigt ein etwas günstigeres Bild. Es kamen auf 1000 Krankheitsfälle Sterbefälle: 1904: 23,9, 1905: 24,8, 1906: 22,4, 1907: 21,4.

Aber wenn auch das Verhältnis der Krankheitsfälle zu den Krankheitsfällen im geschichtlichen Sinne besser geworden ist, so hat sich doch die Zahl der

Krankheitsfälle

im Jahre 1907 absolut außerordentlich vermehrt, was für die Massen mit erhöhter Inanspruchnahme verbunden war. Die Zahl der Krankheitsfälle in den Breslauer Klassen 1904-1906, 1905-1906, 1906-1907, 1907-1908 betrug 1.139.574 erreicht, das ist gegen 1906 eine Zunahme von 80.038! Gegenüber dem geringen Anstieg im Jahre 1907 ist diese Steigerung fast unermeßlich. Es kamen

Auf 1000 Mitglieder Krankheitsfälle:

	1904	1905	1906	1907	
Ortskrankenkassen	10.425	10.332	10.989	männlich 11.445	weiblich 12.513
Betriebskrankenkassen	10.237	9.587	9.269	männlich 10.709	weiblich 9.325
Summe Krankenkassen				männlich 14.234	weiblich 5.875
Rassen überhaupt	10.423	10.174	10.651		11.491

Nehmen also die Krankheitsfälle von 1904-1906 verhältnismäßig, auf 1000 Mitglieder berechnet, nur wenig zu, so zeigt das Jahr 1907 ein plötzliches Aufschwimmen um nicht weniger als 870 Krankheitsfälle auf 1000 Mitglieder. Charakteristisch ist, daß nicht nur die Ortskrankenkassen, sondern fast in gleichem Maße auch die Betriebskrankenkassen diese enorme Steigerung der Krankheitsfälle anzuweisen haben.

Trotzdem die Zahl der Sterbefälle, berechnet auf 1000 Krankheitsfälle, im Jahre 1907 relativ abnahm, weist doch auch die absolute Ziffer der

Sterbefälle

gegenüber den Vorjahren eine Steigerung auf. Es traten in den Breslauer Krankenkassen Sterbefälle ein: 1904: 1076, 1905: 1077, 1906: 1031 und 1907: 1087. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre immerhin eine Zunahme von 56 Todesfällen. Es kamen

Auf 1000 Mitglieder Sterbefälle:

	1904	1905	1906	1907	
Ortskrankenkassen	23,3	24,0	21,5	männlich 21,1	weiblich 20,3
Betriebskrankenkassen	24,3	27,3	23,7	männlich 23,2	weiblich 25,6
Summe Krankenkassen				männlich 26,5	weiblich
Rassen überhaupt	22,9	24,8	22,1		21,4

Die relativ günstige Ziffer der Sterbefälle, die sich bei dieser Berechnung für das Jahr 1907 ergibt, kommt wohl auf das Konto der allgemeinen Besserung der Sterblichkeitsziffern in den letzten Jahren, deren Wirkungen sich auch auf die Breslauer Krankenkassen erstreckten.

Freilich bedauert man an dieser Stelle doppelt, daß man noch nicht die Ziffern für 1908 an der Hand hat, um sie mit

Wie ein Telegramm meldet, soll Frau Strauß am 7. Juni vor dem Gericht erscheinen. Nach dem Ergebnis der Untersuchung ist es zwar nicht erwiesen, daß sie sich selbst den Mord begangen hat, doch ist diese Hypothese nicht unwahrscheinlich. Wird aber ihre eigene Täterschaft nicht angenommen, so erweist es zweifellos, daß die Tat mit ihrer Zustimmung und höchst wahrscheinlich unter ihren Augen geschah.

Ein angeblicher Tochter Rabokron III, die Gräfin de la Pennerie, ist, wie aus Berlin (des. One) berichtet wird, in ihrer Wohnung in gänzlich verwahrlostem Zustande aufgefunden worden. Der Boden ihres Schlafzimmers war mit stinkenden Boxen und Bettfedern bedeckt, die von Mäusen zertrampelt waren. Die Gräfin, die von den Ärzten für geisteskrank erklärt worden ist, wurde in ein Krankenhaus gebracht.

den Ergebnissen der vorhergehenden Jahre zu vergleichen. Denn zweifellos hat sich in diesem Jahre schwerer wirtschaftlicher Drosselungs, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter so ungeheure Gefahren im Gefolge hat, die Zahl der Todesfälle gegenüber den Vorjahren vermehrt. Das ist eine statistische Tatsache, ganz wie die Behauptung des bürgerlichen Professors v. M. ist: Wenn das Getreide teurer wird, werden die Gesamtheit der Bevölkerung zu verhungern.

Ein besangener Richter und wie man Landmänner schilt.

Nürstlich berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung unter dem Richter Eduard W. v. M., die unter dem Vorsitz des Amtsrichters Englich stattfand. W. v. M. sollte eines Tages im Juli vorigen Jahres an den Richter Karl Schlippe, aus Jüdisch, der auf dem gepflanzten Bunde des Hausbesetzers in Villenhal arbeitete, heranzutreten sein und ihn durch Drohungen zur Überlegung der Arbeit gezwungen haben. W. v. M. machte sich eine Vertagung des Termins erforderlich, da W. v. M. gegen die Nichtzahlung der Auslagen des kommissarisch vernommenen Schlippe Einwendungen erhob und die Ladung neuerer Zeugen beantragte. Der Vorsitzende hielt es dafür als angebracht, eine Reihe unmutiger Bemerkungen zu tun, z. B.: „Da hat der wohl einen Weidloch geistert, damit Sie Recht bekommen.“ Sie sind jetzt schon reich zum Verurteilen, das kann ich Ihnen sagen, Sie verurteilen nur die ganze Geschichte.“ Und als W. v. M. bereits hinausgegangen, erklärte der Vorsitzende: „Mit einer Woche Gefängnis ist das nicht abgemacht.“

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt P. v. M., hat daraufhin Herrn Amtsrichter Englich zu eigenen Anwaltschaft abgelehnt. Dieser hat daraufhin auch selbst zugegeben, in der Sache besangener zu sein und von selbst auf den Vorsitz verzichtet. Die erneute Verhandlung fand deshalb geheim unter dem Vorsitz von Richter P. v. M. statt. Schlippe hat in der Verhandlung ebenfalls wieder versichert, daß W. v. M. ihm gegenüber drohende Worte gebraucht und er sich gezwungen habe, weshalb er von seiner Arbeit auf dem Gelände von Bau zurückgetreten sei.

Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Rechtsanwalt P. v. M. plädierte auf Freisprechung. Ein Vergehen nach § 151 liegt nicht vor, da die Sperre auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes wegen Tarifstreiks verhängt war und nicht, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Auch komme es nicht darauf an, ob Schlippe sich Arbeit und sich genötigt sah, sondern darauf, was W. v. M. sich gesagt habe und in dessen Worten: „Es geht dir vielleicht so, wie dem Schwarz“ liege keine Drohung, sondern eine wohlmeinende Warnung.

Das Gericht erkannte auf 90 Mark Geldstrafe. Von einer Gefängnisstrafe sei abgesehen worden, da die Handlung keine Unzüchtigkeit gewesen sei. Die Geldstrafe sei deshalb so hoch bemessen worden, weil die erwielenen Drohungen sich gegen einen alten Landmann gerichtet haben, der von den Verhältnissen in der Stadt noch ganz unberührt war, und dem gegenüber der Angeklagte weit schonender hätte verfahren müssen, als gegenüber einem Mann, der mit Organisationsfragen vertraut sei.

* Die Theater-Revue am Sonnabend zeigte sich in anderen Rahmen, den wir voriges Jahr ausführlich besprochen haben. Die in das Spielplan der log. „besseren“ Gesellschaft, die sich in ihrer Darbietung und Körperhaltung zeigen will, und deren vier Direktoren sowie ausgiebig Gegebenheit dazu und zum Aussehen sind. Da die Geschichte 10 und 16 Akt. Entree kostet, kann ja schließlich auch allerlei verlangt werden. Die Darbietungen, die dem Bau vorangingen, waren das Schloß an dem ganzen Abend, und fast durchweg musikalisch und literarisch gleich wertvoll. Registrierten wir kurz, was wir gesehen und gehört:

Von 8-9 1/2 Uhr erreichte ein Fremdenkutscher unser der geschickten Direktion von Paul Küster. Sodann besaß der erste und das Programm eine ganze Anzahl teils vollendet ausgeführter schillernder Darbietungen unserer Leiden Sängern der Oper und Operette. Den Anfang machte Maria Scherer, die ihren kostbaren Alt dem „Dieb der Magdalena“ aus dem „Evangelium“ von Kieny und dem prächtigen „Der Keng“ von Gildach lieb. Erik Troppoff besang mit eheren Tönen in der „Liebe, dem“ von Hunger die Stadt der Würstchenherstellung und in dem „Hemdenstück“ von Kieny die jüdischen Helden des Vater Rhein. Mit zwei Liedern „Nachtrag“ und „Das Mädchen brach“ von Strauss folgte sodann Hermine Kahl von Krieken ihre reise Kunit in den Dienst der Sache und mit der effektvollen „Gardasienne“ von Hubach holte sich Angenermeister Walter Kieny einen Spezialerfolg. Gull Fröcker sang Ade Maria von Gounod-Wach (Garie). Regine Römer, Helene Walter Semarichs und „Seid meiner Liebe“ aus der Operette „Der tapfere Soldat“ von D. Strauß. Die Sängerin war glänzend disponiert und vermachte jämliche Regier ihres großen quellenden Organs zur Geltung zu bringen. Inmitta der Stimmheldinnen und -helden bebaute sich Theo Blant mit seinen wenigen Stimmzweigen aber dafür um so kräftigerer Darstellung in dem „Reislied“ vom Nachfall und dem „Reislied“ von W. K. ganz ausgezeichnet.

Um das Programm der Stimmen voll zu machen, sang Maria Reich „Auf den Weilen“ von Franz und „Mein Schwefelhahn“ von Kram in ihrer bekannten liebenswürdigen Pertroussant, um gleich darauf Rudolf Wittelkopf Gelegenheit zu geben, sich mit den Liedern „Der alte Galilei“ von Boche und „Das hab' ich ja zu Haus“ von Wobn in den tiefsten Regionen des menschlichen Organs zu verlieren.

Interessant zu hören waren Troppoff, Oser, Höpfl und Wittelkopf im Quartett. Allerdings war es hier weniger die Gesamtwirkung als vielmehr das Fortleben des Einzelnen, seine individuellen Qualifikationen zu ermitteln, was dieses Experiment interessant machte.

Unter der bewährten Regie Bonnans gelangten sodann zwei ausgezeichnete „Sagen“ zur Darstellung. Zuerst „Ein Romanze“, dramatischer Sagen von Rudolf Pietsch, wo ein Richter (Herr Müller) in seiner einsamen Kammer das Leben fertiggestellte Kapitel seines neuen Romans vorliest und, velleicht als Belohnung seines realistischen Erzählertalentes erleben muß, wie alle die geschickten Personen plötzlich Leben und Gehalt annehmen, um in toller, poetischer Überwindung die Schilderung zur Tat werden zu lassen und in dem Zimmer des Richters einen Reigen göttlichen Blüdens aufzuführen.

Das zweite Stück führt uns in ein Panoptikum, wo Amor (Herr Bolters) bemüht ist, zwei Bachfiguren, eine englische Lady (Herrin Rose Mac Greid) und einen Leutnant (Herrin Stewert) zusammenzuführen. Die Sache scheint sich auch machen zu wollen, da sie sich beide gern haben, doch zwischen beiden gibt es ein Hindernis, der nur durch das Einwirken der ominösen Panoptik ausgeglichen werden kann. Schon will die Geschichte glücklich werden, als sich Amor noch recht des wächsernen Grenites (Herr Pietsch) erinnert, der nämlich im Hintergrunde des Panoptikums sitzt. Seine Verführung Amors genügt, um ihn zum Leben zu erwecken, und den gewünschten Helden glücklich zu machen. Mit seiner prächtigen Stimme singt er alle Redensarten hinweg und verbindet die zwei. Frau Mac Greid sang und spielte die Lady, die ihr als Engländerin naturgemäß besonders liegen mußte, ganz hervorragend, und auch Herr Stewert machte aus dem Leutnant was zu machen war. Die dankbare Rolle über hatte Herr Pietsch, dem der Komponist dieser wundervollen Operette, Solo-Darsteller, einige sehr wirkungsvolle Szenen in den Mund gelegt hatte, die Herr Pietsch mit der Schärfe seines edlen Organs zu Gehör brachte. In die wundervolle Leistung traten sich die Herren Kapellmeister Pietsch, Rudolf W. und Rosenberger. Aber die weichen hörten wir mit halber Ohr zu: für sie war der Tanz die Hauptsache. Na,

um 12 Uhr begann er denn auch, und als wir frisch um 6 Uhr waren, hatten noch nicht alle an-gelohnt. Mühsam aber, die im Abend im Gewerkschaftshaus wieder trafen, meinten auf: schick! Viel Euch ist's schöner!

Die beschimpften Arbeitslosen gegen den Oberbürgermeister.

Am 17. Januar d. J. hatte sich eine äußerst stark besuchte Arbeitslosen-Versammlung mit dem durch die Arbeitslosigkeit verursachten Massenelend in Breslau beschäftigt. Die Wünsche der Versammelten wurden in eine höflich gefasste Resolution zusammengefaßt und dem hiesigen Magistrat übermittelt. Auf diesen Ratschrei des Elends ist eine sehr unhöfliche Antwort eingetroffen, die von dem Oberbürgermeister Dr. Georg Vender unterzeichnet ist. Die sich liberal nennende Stadtverwaltung Breslaus, die von der nacktesten Manchestertheorie durchdrungen ist, hat wieder einmal ihre ganze Herzlosigkeit in Arbeiter-Interessen bewiesen, indem sie in ihrer „väterlichen Fürsorge“ für die Armen der Armen nicht nach dem Ubelworte handelte: „Wo ist ein Vater, der seinen Kindern Steine gibt statt Brot?“

Der Träger dieses Systems, Herr Vender, gab durch seine Antwort den Brot und Arbeit fordernden Mitbürgern unserer Stadt Steine statt Brot!

Diese Tatsache muß sämtliche Arbeitslose aufreizen und sie zum einmütigen Besuch der Allgemeinen Arbeitslosen-Versammlung

veranlassen, die am Donnerstag, den 25. Februar 1909, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, stattfindet und wo Herr Vender eine deutliche Antwort erteilt werden soll.

In dieser Versammlung wird der Gewerkschaftssekretär Th. Müller über das folgende Thema referieren: „Die Antwort Venders auf den Ratschrei und die Wünsche der Breslauer Arbeitslosen.“ Die Arbeitslosen werden gebeten, in Massen zu erscheinen, damit dem Oberbürgermeister gezeigt werden kann, daß er sich nicht alles gegen Arme herausnehmen darf!

* Die Behandlung der jugendlichen Arbeiterinnen auf dem Gute des Herrn „Rittmeisters“ Schröder in Kunitau: war kürzlich vor dem Jugendgericht Gegenstand einer Verhandlung. Dem Rittmeister waren schon das zweite Mal zwei 15jährige Arbeiterinnen entlaufen. Das erste Mal hatte, so will es bekanntlich die Gesindeordnung, der Gendarm die beiden Mädchen zurückgebracht und einen oder zwei Tage später waren sie wieder fort. Gegen die beiden wurde nun Verhaftung wegen „unberechtigter Verlassens des Dienstherrn“, so will es auch die Gesindeordnung, erhoben. In der Verhandlung gaben diese beiden, kaum der Schule entwachsen, Kinder an, daß sie es bei dem Rittmeister nicht aushalten können, sie würden geschlagen, gestochen, mit todenlos häßlichen Schimpfworten bedacht, sie kriegten auch schlechtes Essen usw. Rittmeister Schröder bestrikt natürlich alles, er begann sogar, die Kinder häßlich zu verächtigen. Als der Gendarm die Mädchen das erste Mal zurückgebracht hatte, soll sich die eine gestochen und auf den Kopf geschlagen haben, und Frau Schröder soll zu ihr gesagt haben: „Du S... f... mach, daß du rauskommst!“ Darauf haben beide wieder dem Gericht verlassen. Das Gericht verurteilte ungläubiger Weise die Mädchen zu je sechs Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Haft!

Der Gerichtsvorsteher konstatierte, daß der Gutbesitzer Schröder nicht das erste Mal vor dem Jugendgericht als Ankläger stand, sondern das dies schon das fünfte oder sechste Mal sei, und immer seien ihm die jugendlichen Arbeiter davongelaufen! Viel weniger am Platze schien uns die Bemerkung des Gerichtsvorstehenden, der den mißhandelten Kindern rief, doch nicht gleich davonzulaufen, man müsse auch etwas aushalten. „Dunkel doch an unseren Seiten, was der durchgemacht hat!“ Für den Rittmeister schien der Vorsteher ähnliche Kräftigkeiten nicht auf Lager zu haben.

Recht bezeichnend und wenig schmeichelhaft für den Rittmeister war auch der Ausspruch des Vormundes des einen Mädchens, der da sagte: „Es muß doch etwas dran sein an dem, was die Mädchen sagen; wegen nichts und wieder nichts laufen doch die Kinder nicht fort. Uebrigens wird ja allgemein über Schröder geklagt.“ — Leider wird bei solcher Rechtsprechung und Selange die infame Gesindeordnung noch besteht, den Junkern nicht das Handwerk gelegt.

* Wegen Unterschlagung im Amte verurteilte die Breslauer Strafkammer heute Vormittag den Posthofinspektor Josef Steing zu vier Monaten Gefängnis. Steing ist 60 Jahre alt und hat acht Kinder. Sein Jahreseinkommen beträgt 4200 Mark. Eines Tages hatte er sich 220 Mark ausgeeignet, die der Posthofstelle gehörten, um eine dringende Schuld zu bezahlen. Fünf Tage später hat er das Geld wieder erkehrt, doch war inzwischen bereits Anzeige erstattet worden.

Das Urteil zeigt wieder recht deutlich, wie reformbedürftig das heutige Strafrecht ist. Drei Monate Gefängnis für eine Tat, die mit einer kleinen Ordnungstrafe vollkommen gelöst wäre. Wie viel Jahre Gefängnis müßten nicht solche Bankiers erhalten, die Millionen unterschlagen und Tausende von armen Leuten um ihre kleinen Ersparnisse betrügen?

* Lohnabzüge von 25-33 Prozent führten heute Vormittag dazu, daß die Feilenfabrik bei Gebr. Ufer in der Berlinerstraße einmütig die Arbeit niederlegten. Verhandlungen blieben leider erfolglos, weil die Firma der Meinung ist, sie dürfe nie nichts die nichts die Krise dazu benötigen, die ohnehin niedrigen Löhne der Arbeiter noch um ein Viertel bis ein Drittel zu kürzen! Obendrein hat sich die Firma mit dieser einen Verkürzung der Arbeiter nicht begnügt, sondern auch noch den Vertrauensmann der Arbeiter unter hallofen Vorwänden gemahregelt. Der „Generalanzeiger“ springt der Firma hilfreich bei und bringt das übliche Streikrecht-Justiz.

* Der Ballon „Schleffen“ des Schleffen Vereins für Luftschiffahrt, der gestern früh 8 Uhr hier aufstieg, landete gestern Nachmittag 3 Uhr platt bei Neuhous in Böhmen. Der Höchststand des Ballons betrug 2700 Meter.

* Das Sanjuzokommando Breslau-Nord bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß es aus seinen bisherigen Dienstkräften, Albrechtstraße Nr. 31, nach dem Werdstraße Nr. 39/40 aufgestellten Neubau überführt.

Abzahlungs-Geschäfte
Riermann, Mor., Treßlau, Ring 32.

Bandagisten
Fritz W., Rindisch, 36.

Bäckerleien u. Konditoreien
Wegner, O., Neue Taubengasse, 78.

Bierbrauereien
Broschauer Union-Brauerei, Grünstraße.

Berufskleidung
Für alle Berufe, Reithaus, 10.

Bilder-Einrahmung
Hilf, Ad., Crefelderstr. 5.

Bier-Brauereien
Broschauer Union-Brauerei, Grünstraße.

Bilder-Einrahmung
Hilf, Ad., Crefelderstr. 5.

Briketts, Kohlen
Kelle, V., Wühlstraße 6 (Gublerstr.).

Butter-Handlungen
Weiß, August, Köhlerstr. 7a.

Destillationen
Witz, Alfred, Markt, Crefelderstr. 32.

Drogen und Farben
Leffler-Druggerie, Crefelderstr. 24.

Baumart, Alex.
Leffler-Druggerie, Crefelderstr. 24.

Eisen- u. Stahlwaren
Fritz, W., Crefelderstr. 36.

Färberlei und Wäscherei
Kelling, W., Färberlei, dem Da. Schulstr.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wentel, G., Rindisch, 20.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Altmann, Franz, Größelstraße, 33.

Mittwoch, den 24. Februar 1909.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung. Montag, den 22. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim-Eriewen. Die allgemeine Besprechung wird beim Titel „Schalt des Ministers“ fortgesetzt.

Abg. Wamhoff (natlib.): Es freut mich, daß der Minister die Hochwässerung... Die allgemeine Besprechung wird beim Titel „Schalt des Ministers“ fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Zentr., fast unverständlich) tritt dafür ein, daß in den Großstädten das Interesse für die Landwirtschaft mehr geweckt werde...

Abg. Dr. v. Campe (natlib.): Die Landwirtschaft in meinem Wahlkreis wird sehr durch die Abwässerung... Die allgemeine Besprechung wird beim Titel „Schalt des Ministers“ fortgesetzt.

Ein Regierungskommissar: Es sind sehr eingehende Untersuchungen eingeleitet worden, große Schäden sind nachgewiesen. Der Minister hat angeordnet, daß Kläranlagen angelegt werden...

Abg. Engelmann (natlib.): Das zu erwartende neue Weingesetz hat in den Kreisen der Landwirtschaft große Unruhe hervorgerufen, man meint vielfach, daß das preussische Weinbaugebiet nicht so berücksichtigt wird...

Abg. Dr. Bachwiltz (fr. Gg.): Die Frage der Weinsteuer gehört nicht hierher, sondern in den Reichstag. Meine Freunde sind bereit, der Landwirtschaft zu helfen, aber nur soweit dies im Interesse der Allgemeinheit liegt...

Abg. Leinert (Sozialdemokrat): In der Debatte ist wiederholt gesagt worden, daß die Lage der Landwirtschaft keine glänzende sei...

Kapitalvermehrung von 5 Milliarden, das heißt mit anderen Worten, der Vermögenszuwachs der Landwirtschaft beträgt ebenwiel, wie ihre ganze Schuldenlast. (Hört, hört! bei den Soz.)

„Bund der Landwirte“ in seine knappeste Zeit aion eingetreten ist. Er verfährt nach dem Rezept, immer zu schreien. Dann hat er sich immer alles bekommen, was er haben wollte...

Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen...

Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbieten will. In meinem Wahlkreis sind drei Grundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Bestreben der Agrarier geht nur dahin, die Breite der Produktion zu heben...

Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Diese wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Aber das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, daß sie nicht notwendig...

Abg. Nissen (Däne) beklagt es, daß eine Brantierung eines Gesellschafters später durch die Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein wieder zurückgenommen wurde.

Abg. Dr. Hansen (natlib.): Es ist nicht richtig, daß die Staatsunterstützung für die Landwirtschaft bloß dem Großgrundbesitz anliegt, der mittlere und der Kleinbesitz haben mehr Vorteile davon...

Abg. v. Rappenstein (kons.): Ich gebe zu, daß die Landwirtschaft sehr hoffnungsvoller Zeiten entgegensteht, aber es ist zweifellos, daß die Landwirtschaft gerade der jüngeren Elemente noch im Wachsen ist...

Abg. Leinert (Soz.): Herr v. Rappenstein hat gesagt, ich habe viele Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt. Gegenüber dieser dreifachen Annahme kann ich nur sagen, daß es ein Mißbrauch der Rednertribüne ist, vor sich auf andere zu schließen...

Im der Einzelberatung teilt beim Kapitel „General-Kommission“ Berichterstatter v. Arnim-Baldern (kons.) mit, daß die Reorganisation der General-Kommissionen, wie der Minister in der Kommission erklärt habe...

Beim Titel „Beihilfe zur Beförderung der Einrichtung der Rektorate“ teilt Abg. von der Osten (kons.) die zu geringe Bemessung dieser Beihilfe...

Landwirtschaftsminister von Arnim-Eriewen: Der Herr Vorsitzende möge bedenken, daß wir neben den hier auszuweisenden Mitteln noch zahlreiche andere Summen für die innere Kolonisation aufwenden.

Beim Titel „Nebenerwerbs-Anstalten“ fordert Abg. von Klöden (Soz.) energische Bekämpfung der Reblaus. Ein Regierungskommissar teilt mit, daß die Regierung habe 30 Hektar erworben, um weitere Versuche anzustellen und erhebliche Mittel zur Bekämpfung der Reblaus bereits angewendet.

Hr. Dr. Janderhoff (freis.): Ich begrüße es mit Freuden, daß jetzt 300 000 Mk. mehr für die ländlichen Fortbildungsschulen eingeworfen sind. Es muß aber noch mehr geschehen. Namentlich müßten seitens des Ministers allgemeine gültige Statuten und Lehrpläne herausgegeben werden.

Abg. Ocker (natlib.) befürwortet einen Antrag, vom Jahre 1910 ab Mittel in den Etat einzuschließen für die Förderung der hauswirtschaftlichen Unterrichtsschulen ländlicher Mädchen auf dem Lande.

Landwirtschaftsminister von Arnim-Eriewen: Durch das Dotationsgesetz sind derartige Ausgaben den Provinzialbehörden überlassen. Der Staat ist also nicht in der Lage, viel dafür zu tun. Jedoch gebe ich zu, daß es sich hier allerdings um eine sehr wichtige Aufgabe handelt...

müßte dort weit mehr geliehen, denn der Beruf des Landmannes erfordert mit jedem Jahre mehr eine bessere Ausbildung. Uba. Geine (natlib.): Die landwirtschaftlichen Lehrer müßten besser gestellt werden, damit sie die Stellen an den landwirtschaftlichen Schulen nicht nur als Durchgangsposten betrachten. Hierauf wird der Antrag Ocker angenommen. Sodann vertagt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung und Geschäfts-Stat. Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Malen, Beitrag d. 13. württemb. Wahlkr. f. 2. Halbjahr 08 35,60. Aachen-Stadt, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 08 102,92. Altona, sozialdemokr. Verein für den 8. u. 10. württemb. Wahlkr., 2. Quart. 1908/09 1464,78. Gsch.-Berlin, a. Konto seiner acht Wahlkreise 20.000. Berlin, diverse Beiträge: 785. Borslauer, Wahlkreis Ost und West, 4. Quart. 08 895,60. Braunschweig-West, sozialdemokratischer Zentralverein 4. Quart. 08 289,80. Burg bei Magdeburg, Beitr. des Wahlkreises Friedrich I und II für 4. Quartal 08 262,18. Bern 50. Bremen, B. G. 10. Bughach i. S., K. V. 3. 12. Rurteube, von den Alten durch Weber 2. Quart. 08 66,28. Celle, hannov. Wahlkr., Beitr. für 2. Halbjahr 08 345,46. Creleib, sozialdemokr. Volksverein, 4. Quart. 08 307,99. Gannflatt, 2. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 08 398,72. Gemanitz, „Brutus“ 1. Düsselroth, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 08 509,66. Duisburg, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 08 369,74. Danzig, Provinz Westpreußen, 4. Quart. 08 191,47. Eberfeld-Barmen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 08 862. Eßlingen, 5. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 08 213,60. Eßlingen-Waldheim, 4. Quart. 08 16,94. Eßlingen-Schleusen-Bezirk, Wahlkreisbeitrag 200. Esslingen, sozialdemokr. Verein für den Wahlkr. We. Gsch.-Eßl. 4. Quart. 08 20,80. Falkenberg (Oberh.), 5. Quart. 08 1,9. Falkenberg-Sorau-Joch 200. Flensburg, sozialdemokr. Zentralverein für den 1. und 2. württemb.-holl. Wahlkr., 3. Quart. 08 282,86; desgleichen 4. Quart. 08 351,26. Goch-Wilber, sozialdemokr. Volksverein für den Wahlkr. Cleve-Veldern, 4. Quart. 08 13,05. Goldbeck (Münster), Riller Parteibeiträge 10. Hannover, Beitrag des 8. hannov. Wahlkr. a. Konto November und Dezember 08 1100. Bartha, 10. württemb. Wahlkr., a. Konto der Beiträge für 1908/09 500. Hagener-Schwierm sozialdemokratischer Verein 4. Quart. 08 520,82. Hainow v. Frauen 26,20. Hainow-Gelshausen-Deh, sozialdemokr. Wahlverein, 2. Halbjahr 08 1275. Halberstadt-Gelshausen-Weißenhagen, Beitragsbeitrag für 1907/08 181,25. Hamburg, eingegangene in der Expedition des „Hamburger Echo“ 108 20. Hana. Beitrag des 3. weimar. Wahlkr. für das 2. Halbjahr 08 550. Köln a. Rh., Reg. W. 20. Kattowitz, Beitrag der P. V. S. 98,45. Karlsruhe, sozialdemokr. Verein des 9. badischen Wahlkr. für 4. Quart. 08 309,18. Königsberg, Beiträge der Kreisvereine der Prov. Ostpreußen, für 3. und 4. bezw. 4. Quart. 08 213,75. Lindeburg, Kreisverein d. 16. hannov. Wahlkr., 4. Quart. 08 100,88. Lützen, ein paar gute Freunde 45. Lübeck, Zentralwahlverein für den Wahlkreis Altona-Friedrich 4. Quart. 08 56,82. Merano, 17. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 08 125. Mannheim, 11. badischer Wahlkr., 4. Quart. 08 750. Meiningen I (Meiningen-Hildburghausen) 3. Quart. 08 41,61. Meiningen II (Zornberg-Saalfeld) 3. Quart. 08 221,60. Meranien, Beitrag der Wahlkreisorganisation für 4. Quart. 08 9,90. Oberlangenfelde, Extrabeitrag aus dem Extragebiet 100. Oestrich, letzte Rückzahl. aus Fr. 67 50. Oberkühnewitz, von Mitglied. der Zentralvereine und Sterbefälle der deutschen Bauernvereine, Uebertrag des Th. A. v. v. am Freitag, den 18. 11. 08 25. Ottenen, sozialdemokr. Zentralverein für den 3. schlesw.-holl. Wahlkr., 3. Quart. 08 15,53. Oststettin, Beitrag des 4. hannov. Wahlkr. vom 1. Aug. bis 1. Dezember 08 274,32. Oberlangenfelde, Agitationsbeitrag, 4. Quart. 08, Wahlkreis: Gieshberg-Schau 34,55; Landes-Striegau 195. Reichenberg-Neurode 233,25; Schweidnitz-Striegau 195. Waldenburg 254. Summa 791,8. Pommern, 10. badischer Wahlkr. für 3. Quart. 08 196,50. Potsdam-Osthausen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 08 201,80. Rostock, 5. mecklenburg. Wahlkreis, 2. Halbjahr 08 356,96. Reddinghausen, Beitrag des Wahlkr. für 4. Quart. 08 267,60. Schneidemühl, Beitrag des sozialdemokr. Vereins für 4. Quart. 08 453. Solingen, Beitrag des Wahlkr. für 4. Quart. 08 762,23. Stendal-Osterburg, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 68,50. Döhl, für 4. Quart. 08 93,02. Sittwart, Beitr. des 1. württ. Wahlkr. für 4. Quart. 08 679,92. Scharbeek, Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes in der Buchdruckerei Kattenbeil 15. Scharbeek (Belgien), Deutscher Arbeiterverein 20,16. Saargemünd-Forbach, soz. Kreis, f. 4. Quart. 08 8,48. Schleswig, soz. Zentralverein für den 3. schlesw.-holl. Wahlkreis 4. Quart. 08 125,90. Sigmund, Wahlkreis Duedingburg-Niederleben-Ebbe 4. Quart. 08 422,60. Siedelsdorf, Fürstentum Lübeck 3. Quart. 08 180,26. Uten, Wahlkreisbeitrag 50. „Vorwärts“, 4. Quart. 08 33,177,30. Wismar, die Schleier von Nov.-Deponar 4. Weiskentz, gel. von M. K. 2. Quart. 08. Wiesbaden, sozialdemokr. Kreisverein für den 3. hessischen Wahlkreis 4. Quart. 08 150. Wittau, sozialdemokr. Verein für den 1. württ. Wahlkreis 4. Quart. 08 234,72.

Berlin, den 6. Februar 1909. Für den Parteivorstand: A. Gerich, Stenogr. 69.

Jurückgewiesene Beschuldigungen. Bei den letzten Kommunalwahlen in Offenbach hatte der national-liberale Durchfallskandidat für den besagten Landtag, Stadtratsmitglied P. H. M. den sozialdemokratischen Stadtratsmitglied Falk und Stadtmüller, nachgefragt, sie beantragt, sie beantragt, sie beantragt...

„Eine sozialdemokratische Scheinbelegschaft“ für den Regierungsbezirk Westfalen am 21. Februar im Volkspark an Halle laut. Die Konferenz war von 167 Parteimitgliedern aus 98 Landgemeinden und 14 Stadtkommunen aus 85 Städten besucht. Nach einem Referat des Genossen Stadtratsmitglied Harhardt-Charlottenburg entspann sich eine lebhafte...

